polis_2_10_003_003_003_003.qxd 13.07.2010 13:46 Seite 1

**POLIS**
Report der Deutschen Vereinigung
für Politische Bildung

**Heft 2/2010**

## Editorial

Das Parteiensystem hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert: Ein Zweieinhalb- ist einem Fünfparteiensystem gewichen, die Volksparteien existieren nur noch als „Ruinen", das Kräfteverhältnis innerhalb des Parteienspektrums hat sich zugunsten der kleineren Parteien verschoben. Frank Decker analysiert diese Veränderungen in der Parteienlandschaft und fragt nach den Konsequenzen, die sich daraus für die Koalitions- und Regierungsbildung ergeben. Werden die politischen Parteien ihren verfassungsrechtlichen Aufgaben noch gerecht? Sind sie noch das lebendige Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft? Tragen sie noch zur politischen Bildung und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger bei? Hubert Kleinert ist diesbezüglich eher skeptisch und konstatiert in seinem Beitrag die Krise der Parteiendemokratie.

Den Ausgang der richtungsweisenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat Karl-Rudolf Korte für POLIS kommentiert und mit Erhard Eppler sprachen wir über den Zustand und die Zukunft der SPD als Volkspartei. In der Didaktischen Werkstatt wendet sich Marcus Grebe dem theoretischen Ansatz der Postdemokratie zu.

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich die POLIS-Redaktion von Renate Kreile, Gerd Steffens und Wilhelm Wortmann und bedankt sich ganz herzlich für die langjährige engagierte und kollegiale Mitarbeit. Gleichzeitig begrüßen wir als neue Mitglieder in der Redaktion Bernd Overwien, Professor für Politische Bildung und ihre Didaktik an der Universität Kassel, und Tim Engartner, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Wirtschaftsdidaktik an der Universität Duisburg-Essen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern wird nicht entgangen sein, dass POLIS „umgezogen" ist und seit der letzten Ausgabe im Wochenschau-Verlag erscheint. Auch über diese neue Zusammenarbeit freut sich die Redaktion sehr.

*Martina Tschirner*

Zeitung ..... 4

**Schwerpunkt: Parteiensystem im Umbruch**

Fachbeiträge
*Frank Decker*
Abschied vom Lagerdenken? Konsequenzen des neuen Fünfparteiensystems für die Koalitions- und Regierungsbildung ..... 7

*Hubert Kleinert*
Parteiendemokratie in der Krise ..... 11

Kommentar
*Karl-Rudolf Korte*
Die NRW-Wahl als politischer Einschnitt ..... 15

Interview
mit *Erhard Eppler*
Ist die SPD wieder zurück? ..... 17

Didaktische Werkstatt
*Marcus Grebe*
Politikdidaktische Überlegungen zum post-demokratischen Dilemma ..... 20

Verbandspolitische Rundschau
**Persönliches:**
Bernhard Sutor zum 80. Geburtstag ..... 25

**Informationen, Planungen, Aktionen, Berichte:**
Bayern: Politische Bildung und demokratischer Staat ..... 27
–: „Reifezeiten – Bildung, Politik Zeit": Fachtagung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg ..... 27
Nordrhein-Westfalen: „Jugendwettbewerb NRW. Demokratie leben. Unsere Werte – unsere Rechte." .. 28
Schleswig-Holstein: Landesfachtage ..... 28
Mecklenburg-Vorpommern: LV plant Mitgliederversammlung und Fortbildung ..... 28
Hessen: Deutsch – polnisches Seminar ..... 29
Rheinland-Pfalz: Geplante Reform der gymnasialen Oberstufe in Rheinland-Pfalz ..... 29
Vorankündigung der „11. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz" ..... 30
Thüringen: Neuer Landesvorstand der DVPB-Thüringen gewählt ..... 30
–: „Was ist und wie entsteht Bürgerbewusstsein" .... 30
–: Bericht zum 10. „Jenaer Tag der Politikwissenschaft" ..... 31
–: Andreas Petrik – „Der Weg ist das Ziel" ..... 32
–: Torsten Oppelland – „Geschichte, Politik, Geschichtspolitik" ..... 32

Magazin
Rezensionen ..... 33
Vorschau/Impressum ..... 34

polis_2_10_004_006_015_018.qxd 13.07.2010 08:40 Seite 4



# Gesellschaftliche Teilhabe durch ökonomische Bildung?

## Podiumsdiskussion der *stiftung neue verantwortung*

**Berlin.** Was versteht man unter ökonomischer Bildung? Brauchen wir ein Pflichtfach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gaben am 5. März auf Einladung der s*tiftung neue verantwortung* vier Experten für Bildungsfragen: Gesine Schwan, zweimalige Bundespräsidentschaftskandidatin und langjährige Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Reinhold Hedtke, Dekan der Bielefelder Fakultät für Soziologie, Hans Kaminski, Direktor des Oldenburger Instituts für Ökonomische Bildung sowie Patrick Meinhardt, Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Patrick Meinhardt, die Moderatorin Jacqueline Boysen und Reinholdt Hedtke im Gespräch
*Sara Alfia Greco*

Dass die Diskutanten im Berliner Beisheim-Center einig sein würden, hatte niemand aus unserem Projektteam „Zukunft der ökonomischen Bildung“ erwartet, aber wie sich die Podiumsgäste etwa bei der Frage nach einem Unterrichtsfach „Wirtschaft“ gegeneinander abgrenzten, war dann doch bemerkenswert. Kaminski wies darauf hin, dass sich die jüngste Wirtschafts- und Finanzmarktkrise weder durch mehr politische noch durch mehr ökonomische Bildung hätte verhindern lassen. Zugleich machte er deutlich, dass auf Dauer seriöse ökonomische Bildung ausbildungs- und forschungspolitisch nur über ein Fach „Wirtschaft“ erreichbar sein wird. Sein Bielefelder Kollege Reinhold Hedtke zweifelte an, dass es um die ökonomische Bildung schlechter bestellt ist als um die politische – und relativierte damit das Lamento des Bundesverbands deutscher Banken über die mangelnden Ökonomiekenntnisse bei Kindern und Jugendlichen. Seine Forderung, es brauche nach wie vor ein sozialwissenschaftliches Integrationsfach und die damit verbundene Multiperspektivität, um ökonomisches Wissen sach- und schülergerecht zu kontextualisieren, griff Gesine Schwan auf. Die Politikwissenschaftlerin gab sich weniger präsidial als vielmehr diskussionsfreudig und kritisierte die zunehmende gesellschaftliche Orientierung am „Menschenbild“ des homo oeconomicus. Sie mahnte an, die politische Bildung nicht zu Gunsten der ökonomischen zu opfern. Patrick Meinhardt schließlich sprach sich dafür aus, den Praxisbezug an Haupt- und Realschulen zu forcieren, Unternehmenspatenschaften für Schulen auszubauen und Lehrern einen regelmäßigen Einblick in den außerschulischen Berufsalltag zu gewähren.

Auch Gesine Schwan und Hans Kaminski (Rückenansicht) nutzten die Gelegenheit, sich über das Für und Wider von mehr ökonomischer Bildung auszutauschen
*Sara Alfia Greco*

Konsens bestand bei Podiums- und Publikumsgästen jedoch insoweit, als ökonomische Bildung für unverzichtbar erachtet wurde, um in der modernen Arbeitswelt Orientierung zu bieten.

*Tim Engartner*

polis_2_10_004_006_015_018.qxd 13.07.2010 08:40 Seite 5



## Keine Europamüdigkeit trotz Euro-Krise

**Gütersloh.** Eine aktuelle Umfrage der Bertelsmann Stiftung unter Teilnehmern des BürgerForum Europa zeigt, dass 77 Prozent der Befragten der Meinung sind, Europa müsse noch stärker zusammenwachsen. Sie halten eine verstärkte Integration in der EU gerade vor dem Hintergrund der Krise für notwendig und unabdingbar.

Auch die vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy gewünschte Europäische Wirtschaftsregierung stößt auf Akzeptanz bei den Teilnehmern des Bürgerforum. Vier von fünf Befragten sind für die Einführung dieses Vorschlages. Sogar 87 Prozent halten zu Vermeidung künftiger Finanzkrisen in der EU eine stärkere Kontrolle der nationalen Budgets durch die EU für notwendig.

Am Beispiel der Griechenland-Krise wird für zwei Drittel der Befragten deutlich, dass solche Krisen zu einem Problem für das weitere Zusammenwachsen Europas werden können. Die EU ist trotz ihrer erfolgreichen Geschichte noch nicht gefestigt genug.

„Es wird allzu vorschnell von einer Europamüdigkeit unter den Bürgern gesprochen", interpretiert Vorstandsvorsitzender Dr. Gunter Thielen die Ergebnisse der Umfrage. „Die Menschen sind nach wie vor von der Notwendigkeit der Europäischen Integration überzeugt. Sie wollen nicht weniger, sondern mehr Europa. Bei der wirtschaftlichen Koordinierung scheinen sich die Politiker weit schwerer zu tun als die Bürger." Wie viel Geld in Athen, Lissabon oder Rom ausgegeben werde, habe direkte Auswirkungen auf Deutschland, sagte Thielen. Die EU benötige gerade in Krisenzeiten sichtbare Erfolge.

Im vergangenen Jahr haben 350 zufällig ausgewählte Bürger aus ganz Deutschland auf Initiative der Bertelsmann Stiftung und der Heinz-Nixdorf-Stiftung detaillierte Handlungsempfehlungen für die Europäische Union erarbeitet. In einem Bürgerprogramm forderten die Teilnehmer des Bürgerforums Europa die Direktwahl einer EU-Regierung sowie weitere Integrationsschritte in Richtung der Vereinigten Staaten von Europa.

*Bertelsmann Stiftung*
*vom 08.06.2010*

## Politischen Bildungsträgern droht der Kahlschlag

**Berlin.** Wie ein Vertreter des von dem für die Bundeszentrale für politische Bildung zuständigen Bundesinnenministeriums am 7. Juli 2010 in Berlin ankündigte, plant die Bundesregierung massive Kürzungen im Bereich der politischen Bildung. Der Etat der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) soll in 2011 bereits um 1,5 Mio Euro reduziert werden, nach den Plänen der Regierung sind es aber schon 2012 über 5 Mio. Euro und in den beiden Folgejahren jeweils noch einmal je 4,8 Mio Euro, die gestrichen werden sollen.

Betroffen von diesen enormen Kürzungen ist nicht nur die Bundeszentrale für politische Bildung selbst, sondern sind auch bundesweit zahlreiche Träger und Einrichtungen politischer Bildung wie Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Heimvolkshochschulen und Internationale Begegnungsstätten. Diese erhalten über die bpb Fördermittel für ihre wichtige Arbeit; dafür standen bisher jährlich rund 6,8 Mio Euro zur Verfügung. Die vorgesehenen Kürzungen im Haushalt der bpb sollen zur Hälfte auf die Fördermittel für die Träger entfallen. Es ist zu befürchten, dass viele Einrichtungen diesen Kahlschlag bei der Förderung ihrer Aktivitäten nicht überleben werden.

Der Vorsitzende des Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Peter Ogrzall, warnt vor den absehbaren Folgen: „In dem geplanten Ausmaß zu kürzen, ist fahrlässig und widerspricht den Aussagen der Regierung, die Bildung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Ohne politische Bildung gibt es keine funktionierende Demokratie! Politische Bildung vermittelt Wissen, befähigt zum eigenen Urteil und ermutigt und qualifiziert für gesellschaftliches und politisches Engagement."

*Arbeitskreis deutscher*
*Bildungsstätten*

## Internationale Vergleichsstudie zur politischen Bildung ohne Beteiligung Deutschlands

**Göteborg.** Österreichs Schülerinnen und Schüler haben im internationalen Vergleich hohes Interesse an politischen und sozialen Themen, bei bürgerschaftlichem Wissen und zivilgesellschaftlichen Fähigkeiten liegen sie allerdings nur im Mittelfeld. Schweizer Schüler/innen dagegen rangieren mit 531 Punkten beim Politikwissen im oberen Viertel von 38 teilnehmenden Ländern aus aller Welt (Durchschnitt ca. 500 Punkte). Über politische Kenntnisse und Kompetenzen von deutschen Schüler/innen können wir aber keine aktuellen forschungsbasierten Aussagen machen, weil Deutschland an der jüngsten internationalen Vergleichsstudie nicht mehr teilgenommen hat.

Am 29. Juni 2010 wurden im schwedischen Göteborg die ersten Resultate der „International Civic and Citizenship Education Study" (ICCS) präsentiert. An der Studie der renommierten IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievment) haben 38 Länder aus Asien, Europa, Lateinamerika und Ozeanien teilgenommen; 140.000 Schüler/innen der achten Jahrgangsstufe sowie 62.000 Lehrer/innen wurden im Verlaufe des Jahres 2008 befragt. Beim Wissenstest, der neben Faktenwissen auch etwa Analysefähigkeiten untersuchte hat, schnitten finnische und dänische Schüler/innen mit jeweils 576 Punkten am besten ab; am unteren Ende des Rangskala landeten Paraguay (424) und die Dominikanische Republik (380). Mädchen schnitten im internationalen Durchschnitt um 22 Punkte besser ab als ihre männlichen Mitschüler.

Einen weiteren erstaunlichen Befund teilten der Forschungsdirektor Wolfram Schulz und der Projektkoordinator John Ainley mit: Im Vergleich zu der CIVED-Studie aus dem Jahre 1999, in der für 15 Staaten die selben Fragen gestellt worden waren, sank 2008 im Durchschnitt das inhaltliche Politikwissen um ein Fünftel Standardabweichung und bei 7 von diesen 15 Staaten sogar signifikant. Schade, dass eine Aussage zum Zeitvergleich für Deutschland nicht vorliegt!

Der Gesamtbericht der Studie wird im Herbst 2010 veröffentlicht werden und im Detail die Zusammenhänge zwi-

polis_2_10_004_006_015_018.qxd 13.07.2010 08:40 Seite 6



schen bürgerschaftlichem Wissen, politischen Einstellungen und zivilgesellschaftlicher Partizipation, gesellschaftlichem Kontext sowie unterschiedlichen Ansätzen in der schulischen Bildung analysieren. Die bislang vorliegenden Ergebnisse sind dokumentiert unter: http://www.sora.at und http://iccs.acer.edu.au.

*vO*

## Lothar Harles ist neuer Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap)

**Bonn.** Einstimmig hat die bap-Mitgliederversammlung am 5. Mai 2010 in der ehemaligen Bundeshauptstadt Lothar Harles, den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), in einer außerordentlichen Nachwahl zum neuen Vorsitzenden gewählt. Harles, bisheriger Stellvertreter, führt bereits seit dem 1. Januar 2010 kommissarisch die Geschäfte des Vorsitzenden, nachdem Theo W. Länge vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben Ende 2009 den Vorsitz niedergelegt hatte.

„Ich freue mich auf diese Aufgabe, auch wenn – oder gerade weil – vor uns große Herausforderungen liegen, auf die wir in der politischen Bildungsarbeit Antworten finden müssen“, so Harles. Als Schwerpunkt seiner zukünftigen Tätigkeit sieht Harles neben dem demografischen Wandel und Fragen der Integration besonders Themen wie Klimawandel und Globalisierung. „Je mehr die Welt zusammenwächst, desto mehr Reibungs- und Berührungspunkte gibt es. Mit Blick auf die UN-Dekade ist Bildung und nachhaltige Entwicklung dabei ein wichtiges Stichwort. Hier kann und muss sich Politische Bildung einbringen.“ Harles betonte weiterhin die Chancen, die sich durch den Einsatz von Web 2.0 für die politische Bildungsarbeit ergeben.

Der 57-jährige Lothar Harles ist seit 2000 Geschäftsführer der AKSB. Weitere bundesweite Tätigkeiten: Bundesvorsitzender der deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) (1983-1989) und seit 2007 Vorsitzender der IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

*bap*

## Wieder Kontroverse um politische Bildung durch Bundeswehroffiziere an Schulen

**München.** In der ersten Hälfte des Monats Juni diesen Jahres wurde auch für Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium des Landes und dem Wehrbereichskommando IV der Bundeswehr, das für Süddeutschland zuständig ist, zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen unterzeichnet. Das Bayerische Kultusministerium bezeichnete am 8. Juni diese Vereinbarung als „Angebot an die Gesellschaft“. Ein Generalmajor der Bundeswehr meinte, dass Jugendoffiziere „ausgewiesene Experten in sicherheitspolitischen Fragen und entsprechende Themen besonders gut geeignet“ seien. „Sie können sehr gut auf die Schüler aller Bildungseinrichtungen eingehen und zum politischen Diskurs anregen.“

Obwohl Auftritte von Jugendoffizieren der Bundeswehr als Experten an Schulen in vielen Bundesländern bereits eine Tradition besitzen, entspannte sich im Anschluss an diese Vereinbarung ein öffentlicher Disput. Am 1. Juli stellt Elke Hahn, Geschäftsführerin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Bayern, die Frage: „Sind die Lehrkräfte an Bayern Schulen dafür etwa nicht geeignet? Sollte dies so sein, müsste es durch entsprechende Aus- und Weiterbildung geändert werden. Wir wenden uns strikt dagegen, dass diese Aufgabe der Bundeswehr übertragen werden kann, wie es die Kooperationsvereinbarung vorsieht. Es entsteht der Eindruck, dass es nicht in erster Linie um die Behandlung des Themas an Schulen geht, sondern um dessen Behandlung durch die Bundeswehr selbst. Und hier sehen wir die Krux: Die Bundeswehr hat in erster Linie militärische Ziele zu erfüllen und militärische Aufgaben zu übernehmen. Deswegen ist sie nicht politisch wertneutral! Neutral sind Lehrerinnen und Lehrer an Schulen auch nicht. Aber man hat sich in dieser Gesellschaft darauf verständigt, dass es die Pädagoginnen und Pädagogen sind, die an Schulen den Bildungsauftrag zu erfüllen und dafür eine adäquate Ausbildung zu erhalten haben.“

Zwar sieht die Vereinbarung vor, dass Jugendoffiziere nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben dürfen. Die GEW vertraut hingegen dieser Grenzziehung nicht, und betont durch ihre Bayerische Landesvorsitzende Gele Neubäcker, dass zum Bildungsauftrag der Schulen ein größeres Themenspektrum gehört: „Die Vermittlung und kritische Behandlung von Zusammenhängen zwischen Innen-, Außen-, Sicherheits- und Friedens(!)politik, genau so wie die Auseinandersetzung über Fragen des sozialen Zusammenlebens einer (Welt-) Gesellschaft und die Frage, inwieweit z.B. Frieden sichernde Maßnahmen im Ausland zu den Aufgaben der deutschen Bundeswehr gehören.“

Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern sind auch gegen politische Bildung durch Bundeswehr-Offiziere. Der Landesvorstand erklärte am 2. Juli in Schwerin: „Allgemeine politische Bildung ist nicht Aufgabe der Bundeswehr.“ Treten Jugendoffiziere an Schulen auf, müsse die Teilnahme für die Schüler freiwillig sein, forderte der bildungspolitische Sprecher der Partei Andreas Katz. Dennoch lehne er authentische Afghanistan-Berichte vor Schülern nicht ab, wenn dabei auch ehrlich über Gefahren, Ängste und Traumatisierungen berichtet werde. Allerdings bezweifelte er, dass die Bundeswehr solche „ungeschminkten“ Berichte zulassen würde.

*dpa/bildungsklick.de*

## Erziehungswissenschaftler zur demokratischen Bildung

**Leverkusen**. Ein gerade erschienener Band präsentiert die Vorträge des 22. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, der im März 2010 in Mainz stattfand.

In Beiträgen, die die gesamte Breite der Erziehungswissenschaft abdecken, werden aktuelle Debatten zum Bildungssystem und wichtige Fragen aus der Perspektive erziehungswissenschaftlicher Teildisziplinen beleuchtet.

Das Buch gibt Impulse zur Klärung der Bedeutung von Bildung für eine demokratische Gesellschaft und zeigt, welche Rolle der Pädagogik dabei zukommt:
**STEFAN AUFENANGER u.a. (Hg.): Bildung in der Demokratie.** Opladen und Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag 2010; 210 S.; 24,90 €

*vO*

polis_2_10_007_010_Meueler.qxd 13.07.2010 08:42 Seite 7



# Abschied vom Lagerdenken? Konsequenzen des neuen Fünfparteiensystems für die Koalitions- und Regierungsbildung

von *Frank Decker*

*Frank Decker,* Dr. rer pol., Dipl.-Pol. ist seit 2001 Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind das deutsche Regierungssystem und der Regierungssystemvergleich.

## Vom Zweieinhalb- zum Fünfparteiensystem

Es gehört zu den Lehrbuchweisheiten der Politikwissenschaft, dass der Charakter eines Regierungssystems maßgeblich von den Strukturen des Parteiensystems bestimmt wird, die innerhalb der von der Verfassung konstituierten Staatsorgane wirken und deren Funktionieren prägen. Die Veränderungen der Parteienlandschaft, die wir in der Bundesrepublik seit einigen Jahren beobachten, haben diesen Zusammenhang eindrucksvoll bestätigt.

In der Hochzeit der Ära des stabilen Zweieinhalbparteiensystems der sechziger und siebziger Jahre kam es für die Koalitionsbildung in erster Linie auf die FDP an, die als Scharnier zwischen den beiden Volksparteien den Regierungswechsel zweimal (1969 und 1982) ermöglichte. Das Standardmodell der „kleinen Koalition", der die jeweils andere Volkspartei als annähernd gleich starke Opposition gegenübertrat, wurde nur im Zeitraum 1966 bis 1969 vorübergehend verlassen, als sich Union und SPD freiwillig zur Bildung einer Großen Koalition entschlossen. Durch die Etablierung der Grünen als vierte Partei in den achtziger Jahren perfektionierte sich die dualistische Struktur. Während die Öko-Partei koalitionspolitisch einseitig auf die SPD ausgerichtet war, verharrte die FDP ab diesem Zeitpunkt fest an der Seite der Union im bürgerlichen Lager. Das Hinzutreten der PDS nach der deutschen Einheit ließ die bipolare Struktur zunächst noch unangetastet, da die gesamtdeutschen Ergebnisse der Partei zu schwach blieben, um die Bildung einer Regierung nach dem vertrauten Muster zu vereiteln. Mit der Bundestagswahl 2005 sollte sich dies dramatisch ändern. Die Gründung einer linken Wahlalternative im Westen aus Protest gegen die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Sozialreformen und deren Wahlbündnis mit der PDS ermöglichte den Postkommunisten eine Verbreitung ihrer Wählerbasis in die Altbundesländer, wo sie bis dahin gänzlich erfolglos gewesen waren. Der Erfolg der Linkspartei PDS, die ihr Ergebnis von 2002 nahezu verdoppeln konnte, sorgte dafür, dass es bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 für keines der beiden politischen Lager (Rot-Grün oder Schwarz-Gelb) mehr zur Mehrheit reichte.

polis_2_10_007_010_Meueler.qxd 13.07.2010 08:42 Seite 8



## Die Regionalisierung der Parteienlandschaft

Eine weitere Folge des Hinzutretens der PDS, die schon vor der Zäsur der Bundestagswahl 2005 eintrat, war die Regionalisierung der Parteienlandschaft. Im Osten entstand nach der Wende zunächst ein Fünfparteiensystem mit drei großen bzw. mittelgroßen (Union, SPD und PDS) sowie zwei kleineren Parteien (FDP und Bündnis 90 / Grüne). Dieses System entwickelte sich Mitte der neunziger Jahre auf eine Dreiparteienstruktur mit Union, SPD und PDS zurück, wobei die Postkommunisten zu den beiden Volksparteien immer mehr aufschlossen. Mit dem Wiedererstarken von FDP und Grünen ab Beginn dieses Jahrzehnts liegt auch diese Phase bereits hinter uns. Nimmt man die gelegentlichen Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien hinzu, zeichnet sich die Parteienlandschaft im Osten durch eine hohe und weiter wachsende Fragmentierung aus. Drei im Schnitt annähernd gleich starken „Mittelparteien" stehen bis zu drei kleinere Parteien gegenüber, deren jeweilige Stimmenanteile sowohl zwischen den Bundesländern als auch im zeitlichen Verlauf enormen Schwankungen unterliegen.

Charakteristisch für das ostdeutsche Parteiensystem ist des weiteren seine strukturelle Asymmetrie. Bedingt durch die Stärke der postkommunistischen PDS erreichen die drei linken Parteien (SPD, Linke/PDS und Grüne) in den neuen Ländern zusammengenommen höhere Stimmenanteile als das bürgerliche Lager. Lediglich in Sachsen hatten Union und FDP bei der letzten Runde der Landtagswahlen noch die Nase vorn. Anders stellt sich die Situation in den alten Bundesländern dar. Bis zum Jahre 2005 blieb es hier bei der bipolaren Struktur mit zwei nahezu gleich starken Lagern (Schwarz-Gelb versus Rot-Grün), die sich ab Mitte der achtziger Jahre herausgebildet hatte. Das Hinzutreten der Linken bzw. WASG verschob die elektoralen Kräfteverhältnisse zunächst wenig, nur dass sich die linken Stimmen jetzt auf drei Parteien verteilten. Da der Erfolg der Linken im Westen primär von der SPD gespeist wurde, wirkte sich dieses Viereinhalbparteiensystem tendenziell zugunsten der Union aus, die als mutmaßlich stärkste Partei nun die Wahl hatte, entweder mit der FDP (wenn es für eine Mehrheit beider Parteien reichte), den Sozialdemokraten oder vielleicht sogar mit den Grünen zu regieren.

Die Regionalisierung des Parteiensystems bedeutet zugleich, dass die Koalitionsbildung im Bund anderen Gesetzmäßigkeiten folgt als in den Ländern und in den neuen Ländern wiederum anderen als in den alten. In den neuen Ländern hat die Stärke der PDS dafür gesorgt, dass diese schon nach der zweiten Runde der Landtagswahlen in die Regierungsverantwortung mittelbar eingebunden wurde (in Sachsen-Anhalt). Förmliche Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin folgten. Gleichzeitig führte die relative Schwäche von FDP und Grünen in Verbindung mit der strukturellen Hegemonie des linken Lagers dazu, dass das Modell der „kleinen Koalition" die Ausnahme blieb und – von einem Fall[1] abgesehen – auch keine lagerübergreifenden Dreierkoalitionen gebildet werden konnten oder mussten.

In den alten Bundesländern entsprach die Regierungsbildung demgegenüber bis zum Auftreten der WASG weitgehend dem durch die bipolare Vierparteienstruktur vorgegebenen Muster. Auch nach Etablierung der gesamtdeutschen Linken sollten deren westlicher Ableger so schwach bleiben, dass kleine Zweierkoalitionen oder sogar Alleinregierungen nach dem vertrauten Modell möglich blieben (so in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern und – im zweiten Anlauf – Hessen). Bis zur Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen musste in keinem einzigen Fall eine Große Koalition gebildet werden.

Wesentlich komplizierter gestaltet sich die Situation auf Bundesebene. Weil die neu entstandene Linke aufgrund ihrer Stärke in Ostdeutschland gesamtdeutsch mit einem in etwa doppelt so hohen Stimmenanteil rechnen kann wie im Durchschnitt der Westländer, ist die Wahrscheinlichkeit hier deutlich gesunken, dass es für die herkömmlichen Zweier-Koalitionen noch zu Mehrheiten reicht – die Bundestagswahl 2005 hat es gezeigt. Für sich genommen würde die abweichende Entwicklung vermutlich kein großes Problem darstellen. In der Bundesrepublik ist es bis dahin aber stets so gewesen, dass neue Koalitionsformate im Bund über die Länderpolitik angebahnt werden. Besteht in den Ländern keine Notwendigkeit, lagerübergreifende Dreierkoalitionen zu bilden, müsste eine entsprechende Koalition auf Bundesebene also ohne vorherigen Probelauf auskommen.

## Die Bundestagswahl 2009

Der klare Sieg von Union und FDP bei der Bundestagswahl im September hat gezeigt, dass Mehrheiten für kleine Zweierkoalitionen auf der Bundesebene durchaus möglich bleiben – allerdings nur für das „bürgerliche" Lager. Lagen die drei linken Parteien 2005 mit 51,0 Prozent noch deutlich vor Union und FDP, die zusammen 45,1 Prozent erhielten, so kehrte sich das Verhältnis 2009 zugunsten der bürgerlichen Parteien um: 48,4 Prozent für Union und FDP, 45,6 Prozent für die drei linken Parteien. Die beiden Seiten liegen also weiterhin knapp beieinander. Eine relativ geringe Zahl von Rückkehrern und Nichtwählern aus dem bürgerlichen Lager reicht somit aus, um eine erneute Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zu bewirken.

Zu den dramatischen Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 gehört die Kräfteverschiebung zwischen den großen und kleinen Parteien. Union und SPD kommen zusammengenommen auf nur noch 58 Prozent der Stimmen (gegenüber 69 Prozent 2005), was einen historischen Tiefstand markiert. (Bei der ersten Bundestagswahl 1949 betrug ihr gemeinsamer Anteil 60 Prozent.) Noch eindrucksvoller sind die Zahlen, wenn man sie auf die Gesamtwählerschaft bezieht. Aufgrund der stark gesunkenen Wahlbeteiligung (von 77,6 auf 70,8 Prozent) können die Volksparteien danach zusammen gerade noch 40 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. In der Hochzeit der Stabilität des Zweieinhalbparteiensystems – Anfang-Mitte der siebziger Jahre – lag dieser Wert mit 80 Prozent doppelt so hoch.

Ab welchem Stimmenanteil hört eine Volkspartei auf, Volkspartei zu sein? Kommentatoren haben diese Frage – hämisch oder ernsthaft besorgt – vor al-

polis_2_10_007_010_Meueler.qxd 13.07.2010 08:42 Seite 9



lem mit Blick auf die SPD gestellt, die am 27. September mit 23,0 Prozent ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl hinnehmen musste, während die Union ihren bisherigen Tiefstwert von 1949 (31,0 Prozent) diesmal noch knapp überbot (33,8 Prozent). So wichtig es ist, die längerfristigen Ursachen der rückläufigen Wählerunterstützung im Auge zu behalten, so richtig ist auch, dass der Hauptgrund für das starke Absinken der Großen bei der Bundestagswahl 2009 in der Regierungskonstellation zu suchen ist, die Union und SPD 2005 unfreiwillig zusammengeführt hatte. Einerseits wirkte sich der natürliche Oppositionseffekt Großer Koalitionen aus, andererseits wurde der Anreiz, die Kleinen zu unterstützen, bei dieser Wahl durch die Koalitionspräferenzen und -optionen der Regierungsparteien zusätzlich verstärkt. Während Unionswähler, die sicher gehen wollten, dass ihre Stimme nicht erneut in eine Große Koalition münden würde, in die Arme der FDP getrieben wurden, fehlte es der SPD überhaupt an einer Machtperspektive. Von daher konnte sie ihre Kampagne am Ende nur noch auf das Ziel abstellen, eine schwarz-gelbe Koalition zu verhindern.

Die koalitionspolitische Öffnung der SPD gegenüber der Linken ist die Antwort auf die hegemoniale Position der Union im neuen deutschen Fünfparteiensystem. Auch hier haben wir es mit einer bemerkenswerten Verschiebung zu tun. Bei den drei vorangegangenen Bundestagswahlen lag die SPD mit der CDU/CSU ganz oder nahezu gleichauf bzw. einmal (1998) sogar deutlich vor dieser, was die Wahl- und Parteienforscher veranlasste, von einer strukturellen Symmetrie bzw. fluiden Wettbewerbssituation zwischen den Großparteien zu sprechen. Heute kann von einer solchen Symmetrie nur noch mit Blick auf die beiden Blöcke, nicht jedoch mit Blick auf Union und SPD die Rede sein. Weil die CDU/CSU es nur mit einem, die SPD dagegen mit zwei Konkurrenten im eigenen Lager zu tun hat, muss letztere fürchten, im Verhältnis der beiden großen Parteien auf längere Sicht in eine Minderheitspositon zu geraten. Der Status als stärkste Partei verschafft der Union einen doppelten machtstrategischen Vorteil. Einerseits erhält er ihr im Bund wie in den meisten Ländern die Möglichkeit, kleine Zweierkoalitionen zu bilden, wobei neben der FDP mittlerweile auch die Grünen als Partner in Frage kommen. Und wenn die Mehrheiten dafür nicht reichen, tut sie sich andererseits leichter als die SPD, eine Große Koalition einzugehen, in der sie das Amt des Regierungschefs für sich beanspruchen kann. Die SPD scheint dagegen heute nur noch in Dreierbündnissen mehrheitsfähig, die sie entweder mit Linken und Grünen oder – lagerübergreifend – mit FDP und Grünen schließen müsste.[2]

Weil beide Optionen bei der Bundestagswahl nicht zur Verfügung standen, hatten die Sozialdemokraten gegenüber Union und FDP einen gravierenden Wettbewerbsnachteil. Allein damit lässt sich die Abwanderung von SPD-Wählern zur bürgerlichen Konkurrenz natürlich nicht erklären. Sie ist auch das Ergebnis einer geschickten Neupositionierung der Merkel-CDU, die aus ihren haarsträubenden Wahlkampffehlern 2005 die Konsequenz gezogen hatte, der SPD diesmal bloß keine Angriffsflächen zu bieten. Merkel nutzte die ihr aufgezwungene Große Koalition, um die Union von konservativem und neoliberalem Ballast zu befreien. Indem sie eine Modernisierung der Familienpolitik durchsetzte und allen radikalreformerischen Ansätzen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einen Riegel vorschob, gelang es der Kanzlerin, sozialdemokratisches Terrain so erfolgreich zu besetzen, dass die schwarz-gelbe Koalition als Schreckgespenst im Wahlkampf nicht taugte. Der Kanzlerbonus der populären Amtsinhaberin tat ein Übriges. Die Unionsstrategie beförderte zwar die Abwanderung vieler Wähler zu den ungeliebten Liberalen. Das Festhalten der FDP an einer „entsozialdemokratisierten“ Agenda, in deren Zentrum die gebetsmühlenhaft verkündete Forderung nach Steuersenkungen stand, sorgte aber am Ende für eine breite Wählerkoalition, die die Mehrheit für Schwarz-Gelb sicherstellte.

## Drei Szenarien der künftigen Entwicklung

Wie wird sich das Parteiensystem der Bundesrepublik weiter entwickeln? Nach der Zäsur der Bundestagswahl 2005 waren die Mehrzahl der journalistischen und wissenschaftlichen Beobachter davon ausgegangen, dass die Ära des klassischen Volksparteien-Dualismus, die das Standardmodell der kleinen Zweierkoalition begründet hatte, unwiderruflich ans Ende gelangt sei. Zwei Zukunftsszenarien – ein negatives und ein positives – wurden ausgemalt. Entweder – so hieß es – komme es wie in Österreich zu einer Perpetuierung der Großen Koalition. Oder eine multiple Koalitionslandschaft wie in den skandinavischen Ländern würde entstehen, in der lagerübergreifende Dreierbündnisse das Bild prägten.

Beide Szenarien haben sich nicht bewahrheitet. Die koalitionspolitische Öffnung der Grünen hat zwar zur Bildung des ersten schwarz-grünen Bündnisses auf Landesebene geführt (in Hamburg). Der Option „Jamaika“ musste sich die Grünen-Führung vor der Bundestagswahl auf Druck ihrer Basis dann aber doch verschließen – erst nach der Wahl wurde sie im Saarland erstmals realisiert. Noch hermetischer bleibt die Abschottung der FDP gegen ein Ampelbündnis mit SPD und Grünen, die von den Liberalen auch in den Ländern bisher konsequent durchgehalten worden ist.

Vor dem Hintergrund der nicht zustande gekommenen Dreierbündnisse ist es erstaunlich, dass die Große Koalition als alternatives Regierungsmodell zuletzt ebenfalls an Attraktivität eingebüßt hat. Wurden bis zu den Landtagswahlen im August und September 2009 fünf Länder von CDU und SPD gemeinsam regiert, waren es danach nur noch drei (bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen). Rechnet man Schwarz-Grün in Hamburg und Jamaika im Saarland hinzu, gibt es auf der Länderebene damit fünf lagerübergreifende Bündnisse, denen zehn bürgerliche oder linke Koalitionen nach klassischem Muster gegenüberstehen. (Das Land Rheinland-Pfalz bleibt mit seiner SPD-Alleinregierung ein Exot.)

polis_2_10_007_010_Meueler.qxd 13.07.2010 08:42 Seite 10



Es deutet also manches darauf hin, dass die Zeichen eher auf eine Rückkehr zum dualistischen Modell stehen. Gelingt es Rot-Grün und der Linken, ihre wechselseitige Abneigung zu überwinden, dann könnten sich in der Bundesrepublik demnächst wieder zwei annähernd gleich starke, koalitionspolitisch abgrenzbare Formationen begegnen, die um die Regierungsmacht streiten. Die Situation wäre damit ähnlich wie in den achtziger Jahren, nur dass sich das linke Lager jetzt statt aus zwei aus drei Teilen zusammensetzt.

Gegen ein solches Szenario spricht die Ungewissheit, wie sich das Verhältnis von SPD, Grünen und Linken entwickeln wird. Einerseits ist das Interesse an einer gemeinsamen Machtperspektive noch kein Garant, dass sich bestehende personelle und programmatische Differenzen überwinden lassen – das Scheitern der Sondierungsgespräche nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat es gezeigt. Andererseits führen die unterschiedlichen Koalitionsmöglichkeiten der beteiligten Partner dazu, dass ihre strategischen Interessen nicht deckungsgleich sind. Einer vollständigen Vereinnahmung im linken Lager dürften sich insbesondere die Grünen widersetzen. Denn hält sich die Öko-Partei den Weg frei, gegebenenfalls auch mit den bürgerlichen Parteien zu paktieren, könnte sie demnächst eine ähnliche Züngleinrolle im Parteiensystem einnehmen wie früher die FDP. Warum sollte sie auf diesen Vorteil verzichten? Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein (September 2009), im Saarland (August 2009) und in Nordrhein-Westfalen (Mai 2010) hat das Offenhalten der Koalitionsfrage den Grünen an der Urne nicht geschadet. Das Problem liegt – wenn schon – eher bei der Parteibasis, die sowohl im Verhältnis zur Wählerschaft als auch im Verhältnis zur Parteispitze deutlicher nach links tendiert. Die klare Parteitagsmehrheit für Jamaika im Saarland zeigt aber, dass sich Delegierte wie Mitglieder vom Schwenk in das bürgerliche Lager durchaus überzeugen lassen, wenn er von der Führung gut vorbereitet und begründet wird.

Eine vollständige Bipolarisierung wird und kann es wohl allein schon aufgrund der föderalen Verfassung der Bundesrepublik nicht geben. Dass sich Landespolitiker der Koalitionsräson ihrer Bundesparteien bisweilen entziehen, gehört hierzulande zu den normalen Usancen der Koalitionspolitik. Der gescheiterte Versuch der hessischen SPD, ein von der Linken geduldetes rot-grünes Bündnis zustandezubringen oder die schwierige Regierungsbildung in Thüringen, wo der freiwillige Verzicht des Linken-Spitzenkandidaten auf das Ministerpräsidentenamt genauso großen Unmut in der eigenen Partei erzeugt hat wie die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes, statt mit der Linken lieber eine Koalition mit der CDU einzugehen, stehen hier nur pars pro toto. Wenn Parteien, die auf Bundesebene gegeneinander stehen, in den Ländern miteinander regieren, stößt das antagonistische Modell notgedrungen an Grenzen. Das Gegenüber zweier klar unterscheidbarer Blöcke mag zwar unter Demokratiegesichtspunkten vorzugswürdig sein, indem es dem Wähler eine ebenso klare Entscheidung ermöglicht. Fraglich ist aber, ob es die faktischen Entscheidungsnotwendigkeiten und -alternativen im komplizierten Regierungsgeschehen noch hinreichend abbildet.

Stellt man diese Notwendigkeiten in Rechnung, dann ist die Zeit der lagerübergreifenden Bündnisse in der deutschen Politik nicht vorbei. Gewiss wäre ein Modell multipler Koalitionen anspruchsvoller als das bisherige Verharren im Lagerdenken, würde es doch eine grundlegende Veränderung im Verhalten von Parteien und Wählern erfordern. Die ersteren müssten lernen, ihre konfrontativen Neigungen zurückzustellen und pfleglicher miteinander umzugehen, die letzteren akzeptieren, dass am Ende nicht sie, sondern Parteien bzw. Parteiführungen über die Regierungsbildung entscheiden. Der klare Wahlsieg von Schwarz-Gelb kann die veränderten Bedingungen des Fünfparteiensystems nicht rückgängig machen, dürfte den Übergang zu einem stärker konsensuell ausgerichteten System aber erschweren. Frühestens die 2011 stattfindenden Landtagswahlen werden Aufschluss geben, in welche Richtung sich der Parteienwettbewerb in Zukunft entwickelt. ◆

## Anmerkungen

1 In Brandenburg amtierte von 1990 bis 1994 eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90. Diese wurde genauso wie die von 1991 bis 1995 bestehende Ampel in Bremen noch vor Ablauf der Wahlperiode beendet.

2 Das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (Mai 2010) hat diesen Befund bestätigt. Trotz exzeptioneller Bedingungen durch den gleichzeitigen landes- und bundespolitischen Rückenwind gelang es der SPD hier weder, zusammen mit den Grünen eine eigene Mehrheit zu erzielen noch die Union als stärkste Partei zu überflügeln.

## Literatur


Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hrsg.), Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009.

Frank Decker, Die Zäsur. Konsequenzen der Bundestagswahl 2005 für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems, in: Berliner Republik 7 (2005) H.5, S. 66-71.

Frank Decker, Veränderte Landschaft. Parteipolitik zwischen Lagerdenken und neuen Koalitionen, in: MUT. Forum für Kultur, Politik und Geschichte Nr. 490 (Juni 2008), S. 10-19.

Eckhard Jesse/Eckart Klein (Hrsg.), Das Parteienspektrum im vereinigten Deutschland, Berlin 2007.

Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den Ländern, Wiesbaden 2008.

Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010.

Matthias Machnig / Joachim Raschke (Hg.), Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009: ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009.

Joachim Raschke, Die Qual der Wahl. Das Debakel der SPD und strategische Optionen in der Lagerstruktur des deutschen Parteiensystems, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 23 (2010) H.1, S. 11-16.

Franz Walter, Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, Frankfurt a.M. 2008.

polis_2_10_011_014_Meueler.qxd 13.07.2010 08:34 Seite 11



# Parteiendemokratie in der Krise

von *Hubert Kleinert*

*Prof. Dr. Hubert Kleinert*, 1983–1990 MdB Die Grünen, 1987–1989 parlamentarischer Geschäftsführer, später hessischer Landesvorsitzender. Seit 2002 Professor für Politikwissenschaften und Verfassungsrecht an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung des Landes Hessen in Wiesbaden.

Seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre häufen sich – keineswegs nur in Deutschland – die Anzeichen für einen Funktionsverlust der Parteien im Rahmen des demokratischen Systems. Diese Entwicklung hat vielfältige Ausdrucksformen:

1. Die Beziehungen zwischen Bürgerschaft und politischen Eliten sind nachhaltig gestört. Das Ansehen von Politik und Politikern ist auf einen historischen Tiefstand gesunken, Legitimation und Kompetenz des politischen Personals werden zunehmend in Zweifel gezogen. Eine weit verbreitete Haltung traut Parteien und Politikern im eigenen Interesse fast alles, bei der Problemlösung für das Gemeinwesen aber fast gar nichts mehr zu. Zugleich erscheinen Politiker aller Parteien in den Grundfragen der Zeit wie Getriebene. Die wirkliche Macht scheint längst auf anonyme Marktkräfte übergegangen (Finanzmärkte). Dies trägt erheblich zum Vertrauensverlust in der Bürgerschaft bei.
2. Wahlbeteiligungsraten sinken – moderat auf Bundesebene, dramatisch im kommunalen Bereich. Waren in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte Wahlbeteilungsraten bei Bundestagswahlen von 80 bis 90 %, z.T. sogar darüber, an der Tagesordnung, liegen sie inzwischen nur noch knapp über 70 %. In den Kommunen, wo früher Werte von durchschnittlich 70 % und darüber erreicht wurden, gehen heute nicht einmal mehr die Hälfte der Stimmberechtigten zur Wahl. Das gilt besonders für die großen Städte.
3. Den Volksparteien laufen die Mitglieder davon. 1976 hatten die Sozialdemokraten in der alten Bundesrepublik über eine Million Mitglieder. Heute sind es – im größeren Deutschland – gerade noch knapp über 500.000. Auch der Mitgliederbestand der Union liegt heute 30 % unter dem von 1990. Gleichzeitig leiden beide Volksparteien an einem Auszehrungsprozess bei den Jungen; ihre Mitgliedschaft ist hoffnungslos überaltert. Wohl schneiden die kleineren Parteien etwas besser ab. Die Verluste der Großparteien aber kompensiert das keinesfalls.

Ob von einer insgesamt gesunkenen Bereitschaft zum gesellschaftlichen und politischen Engagement auszugehen sei, ist umstritten. Sicher ist, dass eine Verlagerung von bürgerschaftlichem Engagement jenseits der gewachsenen Strukturen von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden hin zu nichtparteigebundenem, anlassbezogenem, situativem Engagement in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen usw. stattgefunden hat.

Die Volksparteien verlieren Bindungskraft und gesellschaftlicher Rückkoppelung. 1972 und 1976 haben in der alten Bundesrepublik über 90 % der Wähler eine der beiden Großparteien gewählt (bei Wahlbeteiligungsraten von über oder knapp 90 %). Am 27. September 2009 mochten sich nur noch 57 % der Wähler für Union oder SPD entscheiden. 1976 haben acht von zehn Wahlberechtigten SPD oder Union gewählt, 2009 waren es gerade noch vier.

Gleichzeitig hat sich die soziale Rekrutierungsbasis der Parteien deutlich verengt. Aus Integrations-, Mobilisierungs- und politischen Erziehungsorganisationen von Massen sind Kaderorganisationen geworden, oft ohne wirkliche Kader, ohne die Honoratioren von ehedem und ohne nachhaltige Bindungs- und Sozialisationskraft. Ehemals weltanschaulich geprägte Kampfgemeinschaften, die zugleich Nestwärme und Zugehörigkeit vermittelten, haben sich zu Funktionärs- und Karriereerwerbsgemeinschaften einer „politischen Klasse“ entwickelt, die ihren Sinn immer häufiger in sich selbst, in Posten und Wahlerfolgen finden. Alle Parteien sind von Akademikern geprägt; das untere Drittel der Gesellschaft ist praktisch nicht mehr vertreten. Parteitage sind heutzutage immer weniger Orte des lebendigen Ringens um künftige politische Orientierung und immer mehr unter medialen Wirkungsaspekten durchkomponierte Veranstaltungen. Zugleich leiden die Parteien an einem Mangel an glaubwürdigen Leitideen; ihre programmatisch orientierende Kraft hat deutlich abgenommen.

## 1 Die Ursachen von Verdruss und Partizipationsmüdigkeit

In der internationalen Diskussion lassen sich unterschiedliche Erklärungsansätze für die krisenhaften Entwicklungen der Parteiendemokratie unterscheiden:

- Wachsende Orientierungsschwächen von Parteien und Fehler eines angeblich schwächer und selbstsüchtiger gewordenen politischen Personals. Parteien vermittelten kaum noch politische Grundorientierungen, die

polis_2_10_011_014_Meueler.qxd 13.07.2010 08:34 Seite 12



Politiker agierten in einem „selbstreferenziellen“ System, das die realen Probleme der Gesellschaft nicht mehr zureichend widerspiegele. Aufwendige, aber eher künstliche Wahlkampfinszenierungen mit hohem Personalisierungsfaktor ersetzten echte politische Richtungsentscheidungen.

- Der Verlust des nationalstaatlichen Gestaltungsraums im Zuge von Globalisierung und Europäisierung schaffe bei notorisch knappen öffentlichen Kassen den Eindruck einer Alternativlosigkeit der zentralen politischen Entscheidungen. Wenn aber die Politik nur noch die durch Zwänge der Ökonomie und der von supranationalen Institutionen vorgegebenen Rahmenbedingungen auszufüllen habe, werde immer weniger erkennbar, wofür man sich eigentlich noch engagieren solle. Demnach wären Politikmüdigkeit und Identifikationsverlust Ergebnis einer säkularen Kräfteverschiebung zwischen Politik und Ökonomie und habe die Politik mit ihren Privatisierungsstrategien und der Popularisierung wirtschaftsliberaler Weltbilder die verächtlichen Haltungen in der Bürgerschaft selbst mit provoziert.
- Der Strukturwandel der Gesellschaft im Zuge von Enttraditionalisierung, Digitalisierung und Individualisierung. Die Auflösung der alten Milieubindungen in der modernen „Multioptionsgesellschaft“ verändere die Rahmenbedingungen für den politischen Erfolg der alten Volksparteien auf dramatische Weise, weil die relative Stabilität solcher Milieus ihre zentrale Erfolgsbedingung gewesen sei.[1] Gleichzeitig bedrohe die moderne „Event“- bzw. „Spaßgesellschaft“ mit ihren veränderten Freizeitgewohnheiten und den gestiegenen Ansprüchen an Unterhaltung, Erlebnis und Konsum auch die Bereitschaft zum gesellschaftlichen und politischen Engagement, wären Vertrauensverlust und Rückgang des politischen Engagements nur die Kehrseite des Zugewinns an individueller Autonomie in der modernen Welt mit ihrer Pluralisierung von Lebensentwürfen, Lebensstilen und Sinndeutungsangeboten und der Erosion von längerfristigen Bindungen aller Art.
- Eine veränderte Struktur von Öffentlichkeit, in dem sich das Verhältnis von Politik und Medien zum Nachteil der Politik verändert habe. Besonders die elektronischen Medien bestimmten inzwischen das Politikbild einer Gesellschaft, in der die klassischen intermediären Institutionen wie Vereine, Verbände und Gewerkschaften ihre alte Rolle als Filter der politischen Meinungsbildung zunehmend einbüßten. Das dramaturgische Prinzip der elektronischen Medien mit seinem Hang zu Dramatisierung, Personalisierung und Emotionalisierung begünstige dabei ein Übermaß an negativer Politikberichterstattung, das sich im wachsenden Ressentiment der Bürgerschaft bloß widerspiegele. Boulevardisierung von Öffentlichkeit und hektischer Aufmerksamkeitswettbewerb im Quoten-Journalismus befördere dies weiter.

Jede dieser Interpretationen hat Gewicht, keine aber kann ein Deutungsmonopol beanspruchen. Es handelt sich vielmehr um einen komplexen Wirkungszusammenhang, in dem sich unterschiedliche gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln und der ganz verschiedene Akteure beeinflusst.

*Erstens* hat sich der Gestaltungsspielraum nationalstaatlicher Politik vor allem in den wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, die erst den Rahmen schaffen für sozialpolitisches wie infrastrukturelles staatliches Handeln, aufgrund der viel beschriebenen internationalen Verflechtungen und offener Märkte gegenüber den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts deutlich vermindert. Hier spielen vor allem die Wirkungen der deregulierten Finanzmärkte eine zentrale Rolle. Da aber weiterhin die nationale Politik Adressat für Wünsche und Ansprüche der Bürger bleibt, eine europäische oder gar weltweite Öffentlichkeit mit entsprechenden Willensbildungen nicht existiert und anonyme Märkte keinen Adressaten kennen, an dem sich die Bürger reiben könnten, ist der Eindruck einer schwächeren und fast alternativlosen Politik entstanden, die oft nur Anpassungszwänge exekutiert. Angesichts des wirtschaftsliberalen Credo der Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten lässt sich von einer „Selbstabdankung der Politik“ sprechen.

*Zweitens* hat sich das Bild von Politik in der Gesellschaft in den letzten zwanzig Jahren folgenreich verändert. Durch den sozialen Wandel sind die politischen Einstellungen weniger von Tradition und Milieubindungen bestimmt, stärker dagegen von der medialen Politikpräsentation. So ist eine unstete Wählerschaft mit wechselnden Meinungskonjunkturen entstanden, die vor allem den Volksparteien wachsende Probleme bereitet. Durch den Rückgang des Parteijournalismus und die gewachsene Konkurrenz um Geld, Aufmerksamkeit und Quote werden heute auch die dunklen und weniger erfreulichen Seiten des Politikbetriebs viel gründlicher durchleuchtet als früher. Gleichzeitig wird Politik stärker mit den Mitteln des Boulevardjournalismus präsentiert („Politainment“). Die Wirkungen dieser Veränderungen sind unterschiedlich: Was einerseits Demokratiegewinn sein mag, weil niemand mehr auf einem Sockel steht, hat andererseits eine Politikpräsentation hervorgebracht, in der häufig hysterische Aufregungskonjunkturen und politvoyeuristische Neugier an die Stelle von Maßstäben zur Beurteilung komplexer politischer Sachverhalte treten. Politiker sind zu Stars in einem Mediengewerbe geworden, das statt um Wahrheit mehr um Aufmerksamkeit ringt und in dem die Grenzen zwischen Nachrichten, Werbung und Unterhaltung fließend geworden sind. Das beeinflusst die Sozialisation des modernen Politikertypus, der sich an die Gesetze des modernen Medienbetriebs anzupassen sucht, sein öffentliches Image zum Maßstab des Handelns macht und eher als Politkommunikator mit nur noch flüchtigen Bindungen an Ideen, Überzeugungen und Werte agiert.

*Drittens* leiden Politik und Parteien an einem Mangel an glaubwürdigen Leitideen, die sie identifizierbar und unverwechselbar machen könnten. Es scheint, als sei mit dem definitiven Scheitern der sozialistischen Utopie die orientierende Kraft der politischen Großideen der europäischen Geistesgeschichte – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus – an ein Ende gekommen. Jedenfalls haben es beide Volksparteien nicht geschafft, eine über-

polis_2_10_011_014_Meueler.qxd 13.07.2010 08:34 Seite 13



zeugende Antwort auf die nach 1989/90 grundlegend veränderten Rahmenbedingungen zu finden. Von Adenauer bis Kohl konnten die Wähler in der Union eine unterschiedlich austarierte Mischung aus marktwirtschaftlichen und christlich-sozialen Vorstellungen identifizieren, angereichert mit einem prononcierten Antikommunismus und der Abgrenzung von staatswirtschaftlichen Anwandlungen. Umgekehrt standen Sozialdemokraten bei aller marktwirtschaftlichen Öffnung nach Godesberg für die Priorität einer demokratisch-sozialen oder demokratisch-sozialistischen Politik der Chancenmehrung für die Arbeitnehmer und die „kleinen Leute". Letztinstanzlich galt, dass die einen mehr auf den Markt, die anderen mehr auf den Staat und auf politische Regulierung setzten.

Mit dem Ende des östlichen Staatssozialismus war die Kraft des Antikommunismus als Integrationsideologie ebenso erschöpft wie die Frage nach der künftigen Austarierung von Staat und Markt in freiheitlichen Gesellschaften neu gestellt war. Zugleich war die konservativere Volkspartei mit Modernisierungsanforderungen konfrontiert, die sich aus dem postmaterialistisch veränderten Wertehaushalt moderner Gesellschaften ergeben (veränderte Geschlechterrollen, Pluralisierung von Lebensentwürfen usw.). Beide Seiten haben sich mit diesen Anforderungen schwer getan. Besonders dramatisch haben die Probleme neuer Sinnstiftung dabei die Sozialdemokraten getroffen. Ihr Versuch, mit einem neuen, liberaleren Verständnis des Verhältnisses von Staat, Markt und Gesellschaft Antworten zu geben („New Labour", Schröder/Blair-Papier etc.) hat am Ende nur breite Verunsicherung in den eigenen Reihen hinterlassen.

Insgesamt ist das Parteiensystem seit 1990 deutlich zusammengerückt und ein programmatischer „Pragmatismus der neuen Mitte" entstanden, der vor dem Hintergrund historischer Erfahrung und dem Misstrauen gegenüber großen Entwürfen zwar folgerichtig erscheint, gleichzeitig aber zu einer Abnahme der Identifizierbarkeit beider großer Volksparteien beigetragen hat. Die CDU ist nicht mehr konservativ und die SPD für viele nicht mehr sozialdemokratisch. Der damit verbundene Bindungsverlust hat den Hang zum politischen Inszenierungstheater von Personen noch verstärkt, was vielen öffentlichen Auftritten der letzten zehn, fünfzehn Jahre den Eindruck künstlicher Aufgeregtheit verliehen hat.

Gleichzeitig geht die Schwächung der gesellschaftlichen Bedeutung der Parteien mit einer wachsenden Selbstabschottung einher, die veränderte Sozialisationsbedingungen für das Spitzenpersonal schafft. Karrieremotive spielen für politisches Engagement heute eine ungleich wichtigere Rolle; gleichzeitig ist das Innenleben von Parteien immer weniger Kampfplatz verschiedener Meinungen und Ideen, auf dem Überzeugungstreue beim Aufstieg eine Rolle spielt. Der Parteienwettbewerb wird als Kampf zur Platzierung von Produkten auf einem Wählermarkt erlebt, geführt nach Regeln, die denen der Marktwirtschaft immer ähnlicher geworden sind. Wer in einer solchen Welt politisch sozialisiert wird, mag mediale Inszenierungsqualitäten entwickeln: Mit öffentlicher Glaubwürdigkeit wird er sich eher schwer tun.

## 2 Konsequenzen

Gerät mit dem Legitimationsverlust der Parteien auch die Demokratie selbst in eine Krise? Können andere Formen der Organisierung, Partizipation und Willensbildung Aufgaben übernehmen, die die Parteien nur noch unzureichend erfüllen? Stehen wir vor einer Ära des Populismus und der starken politischen Führer ? Oder handelt es sich in Wahrheit nur um eine Krise der Volksparteien? Brauchen wir nur überzeugendere Personen und Projekte ?

Seit einigen Jahren ist viel von einem wachsenden Trend zur Personalisierung die Rede. Tatsächlich deuten die mediale Politikpräsentation, vor allem die seit der rot-grünen Ära deutlich stärker boulevardisierte Wahrnehmung von Politik, die Selbstinszenierung der Parteien und die Anlage ihrer Wahlkämpfe in diese Richtung.

Aber trotz aller modernen Dauervermessung der Popularitätswerte von Spitzenpolitikern lassen sich bei uns nur wenige Indikatoren als Belege für die gewachsene Rolle der Personen bei Wahlentscheidungen finden. Angela Merkel hatte zeitweise die höchsten Popularitätswerte vorzuweisen, die ein Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt erreicht hat. Trotzdem hat sie im Herbst 2009 das schwächste Unionsergebnis seit 1949 eingefahren. Auch Politiker wie Genscher oder Fischer konnten mit hohen persönlichen Sympathiewerte ihren Parteien nur wenig helfen, wenn diese öffentlich in Ungnade gefallen waren. Und bei aller Faszination, die der Erfolg und das Charisma von Obama ausgelöst haben, sollten die anders gelagerten politischen Traditionen in Deutschland ebenso wenig vergessen werden wie die Sehnsucht nach charismatischen Figuren nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass stark personenzentrierte Kampagnen traditionell eher Kennzeichen von Gesellschaften mit schwachen öffentlichen Kommunikationsstrukturen gewesen sind.

Es ist auch nicht in Sicht, welche anderen Institutionen, Organisationsformen und Verfahren die Leistungen der Parteien in einer funktionierenden Demokratie ersetzen könnten. Es mag richtig sein, auch auf Bundesebene die Möglichkeit zu Plebisziten zu schaffen, weil das Schicksal von Weimar nach sechzig Jahren demokratischer Stabilität nicht auf ewig der negative Referenzpunkt unserer Verfassung bleiben kann. Wunderdinge an Beteiligungsfreude und Engagement aber sind davon nicht zu erwarten. Man kann die Wähler stärker an der Personalauswahl der Parteien beteiligen. Was bei Kommunalwahlen in vielen Ländern praktiziert wird – Kumulieren und Panaschieren – ließe sich auch auf übergeordneten Ebenen denken. Ein entscheidender Gewinn für die Demokratie ist davon aber kaum zu erwarten. Interessanter ist da schon die Idee öffentlicher Vorwahlen bei der Auswahl der Spitzenkandidaten. Ansonsten wird es darum gehen, den Parteien zu helfen, ihren Aufgaben in Zukunft wieder besser zu erfüllen. Dazu sind Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen notwendig.

### Parteien und Politiker

Die Übersichtlichkeit der politischen Auseinandersetzung früherer Jahrzehnte mit der einfachen Links-rechts-An-

polis_2_10_011_014_Meueler.qxd 13.07.2010 08:34 Seite 14



ordnung der politischen Kräfte lässt sich nicht einfach wiederherstellen. Gleichwohl muss den Parteien wieder mehr programmatische Klarheit und Wahrhaftigkeit abverlangt werden. Der Wandel ehemaliger Gesinnungsgemeinschaften zu Machterwerbsmaschinen schafft Identifizierungsprobleme. Und die Neigung der Parteien, Parteitage zuerst als Orte wirkungsvoller Selbstinszenierung des Spitzenpersonals zu betrachten, ist ein Beitrag zur Verflachung der politischen Öffentlichkeit und nimmt dem politischen Nachwuchs Chancen der politischen Sozialisation.

Medienprominenz ist kein Ersatz ist für Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Wenn Effekte mehr als Ergebnisse zählen, entsteht ein Hang zur Flüchtigkeit, der auf Kosten von Glaubwürdigkeit und Seriosität geht. Entsprechend kritisch muss inzwischen auch die Rolle von Politik-, Image- und Medienberatern gesehen werden. Eine Partei ist keine Marke, Stimmenmaximierung kein Selbstzweck und Programmangebote sind keine Handelsware. Die Angleichung politischer Öffentlichkeitsarbeit an die Werbestrategien der Privatwirtschaft wirkt auf die Politik negativ zurück. Weniger Umfragen und weniger Wahltermine wären ein Gewinn für die Demokratie.

Wahltermine lassen sich entzerren, die Parteienfinanzierung könnte strengeren Regeln unterworfen und wieder an die tatsächliche Zahl der abgegebenen Stimmen gebunden werden. Und zu den Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise gehört auch die Chance einer Neubesinnung über die Rolle politischer Gestaltung und die entsprechenden programmatischen Konsequenzen.

Gesellschaft

Die ausufernde Überdehnung des ökonomischen Denkens in den letzten anderthalb Jahrzehnten hat nicht nur die Parteien, sondern die Demokratie insgesamt geschwächt, weil die Erinnerung daran, dass der Markt ein in vielen Fällen effektives Steuerungsprinzip, aber kein Selbstzweck ist, darüber fast verloren gegangen ist. Wenn die Herrschaft des Markts aber nicht mehr hinterfragbar ist, schafft dies ein Problem nicht nur für Politiker und Parteien, weil diese dann fast nur noch Marktgesetze exekutieren und Folgeprobleme abarbeiten. Es schafft auch ein Problem für die Überzeugungskraft der Demokratie als Grundidee selbst, weil diese von der Vorstellung lebt, dass die geltenden Regeln einer Gesellschaft auf überprüfbaren und veränderbaren Verabredungen beruhen.

Damit eng verknüpft sind die Folgen der wachsenden Entkoppelung von Leistung und wirtschaftlichem Erfolg im modernen „Kasinokapitalismus“ für den Wertehaushalt der Gesellschaft. Wenn Bildung und Fleiß, Arbeit und Mühe zwar ständig propagiert werden, aber fast jeder tagtäglich mitbekommt, dass Inszenierung und Schein, Glück, ja Dreistigkeit und Skrupellosigkeit in Wahrheit mehr zählen, ist das meritokratische Grundprinzip, dass einen wichtigen Teil der Attraktion von Demokratie und Marktwirtschaft ausmacht, infrage gestellt. Wenn Leistung sich nicht lohnt, weil Zockerei viel mehr einbringt und keine Politik daran etwas ändern kann oder will, muss die Überzeugungskraft der Demokratie selbst Schaden nehmen.

## 3 Die Zukunft der Parteiendemokratie

Dass die Ära der Massen- und Volksparteien zu Ende gehe, wird in der Wissenschaft weithin als sicher angenommen. Bis heute freilich ist umstritten, wie das neue Stadium der Parteienentwicklung zu kennzeichnen sei. Dabei konkurrieren Begriffe wie „professionelle Rahmenpartei“, „Kartellparteien“, „Medienparteien“ oder „Minimalparteien“. Einig ist man sich nur in der Beobachtung, dass dieses neue Stadium durch eine neue Dominanz von Berufspolitikern gekennzeichnet sei, Parteien stärker selbstreferentiell agierten, die innerparteiliche Demokratie geschwunden, ehrenamtliche Aktivisten zunehmend funktionslos geworden seien und Politiker zunehmend wie Unternehmer mit staatlicher Risikoabsicherung agierten.

Wie immer die neuere Entwicklung beschrieben werden mag: Das gemäßigt bipolare System mit zwei Großparteien auf Augenhöhe, die zusammen den Löwenanteil der Wählerstimmen erreichen, wird schon deshalb kaum wiederkommen, weil die strukturellen Voraussetzungen dafür fehlen. Wahlergebnisse von über 40 % werden künftig kaum noch erreichbar sein. Viel wahrscheinlicher ist eine weitere Ausfransung des Parteiensystems mit Wahlerfolgen neuer Kleinparteien.

Für die Zukunft der Demokratie insgesamt aber wird mehr davon abhängen, ob Politik wieder stärker, handlungsfähiger und auch darüber identifizierbarer werden kann. Die Finanzkrisen und der Umgang damit böte den Parteien dabei neue Möglichkeiten. ◆

## Anmerkung

1 Vgl. grundlegend U. Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M. 1993 sowie die verschiedenen Arbeiten von Franz Walter, zuletzt F. Walter, Im Herbst der Volksparteien, Bielefeld 2009. Vgl. auch O. Niedermayer, Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem, in: O.W. Gabriel/ O. Niedermayer/ R. Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden² 2002 und H. Kleinert, Abstieg der Parteiendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 35-36, August 2007, S. 3-11

polis_2_10_015_016_015_018.qxd 13.07.2010 08:27 Seite 15

KOMMENTAR

# Die NRW-Wahl als politischer Einschnitt

von *Karl-Rudolf Korte*

*Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte*
Direktor NRW School of Governance
Universität Duisburg-Essen

Die politische Wucht der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen hält an. Die Wahlen vom 9. Mai 2009 haben die politischen Koordinaten markant verändert: Ein Paukenschlag! Bundeskanzler Schröder zog 2005 seine Konsequenzen aus dem Ergebnis und steuerte auf die Auflösung des Bundestages zu. So weit ist es diesmal noch nicht. Doch das innerparteiliche und koalitionspolitische Machtgefüge ist in Düsseldorf und Berlin durcheinandergewirbelt worden.

Folgt man den Rhythmen des Regierens in Deutschland, dann stand Rüttgers vor einem Dilemma. Wähler lieben nicht nur dosierte Machtwechsel, nach denen in der Regel ein Koalitionspartner auch kontinuitätsverbürgend mit in die neue Regierung wechselt. Nach den Zyklen des Regierens geben Wähler meistens auch einer Regierung eine zweite Chance. Das sprach zunächst für Rüttgers II zumal seine Leistungsbilanz über vier Jahre Zustimmungswerte im Land produzierte. Das Dilemma entstand durch die zeitliche Nähe und den Ausgang der Bundestagswahl. Die auf der Bundesebene regierenden Parteien werden bei Landtagswahlen oft abgestraft. Wenngleich sich dieser Pendel-Effekt in den letzten zehn Jahren abschwächte, blieb er wirkungsmächtig.

Zwar gab die Mehrzahl der Befragten auch diesmal an, dass landes- und nicht bundespolitische Gesichtspunkte den Ausschlag für die Wahlentscheidung markieren. Doch diese Fragestellung enthält ein hohes Maß an sozial erwünschtem Verhalten. Die Validität kann angezweifelt werden. Faktisch konnten die Wähler in NRW – was ganz selten der Fall ist – konkret die Bundesratsmehrheit der Schwarz-gelben Bundesregierung abwählen. Steuersenkungen, Kopfpauschale, Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken – um nur einige Politikfelder aus der Berliner Koalitionsvereinbarung zu benennen – standen somit auch zur Wahl in Düsseldorf an. Das Bild der Berliner Koalition hätte für Rüttgers und Pinkwart nicht schlechter sein können. Stärkerer politischer Gegenwind ist kaum vorstellbar. Insofern zeigt sich NRW spezifisch, wie bundespolitische Themen praktisch alle Wahlen in Düsseldorf mit überlagert haben. Ohne den Parteispendenskandal von Bundeskanzler Kohl wäre Rüttgers vermutlich bereits vor zehn Jahren Ministerpräsident geworden. Ohne den Rückenwind der schwächelnden rot-grünen Schröder-Regierung wäre der Wahlerfolg der CDU-FDP in Düsseldorf 2005 auch nicht zustande gekommen.

## Wie kann das Wahlergebnis außerhalb dieser bundespolitischen Variablen interpretiert werden?

Mit 34,5 Prozent fällt die CDU auf ihr schlechtestes Ergebnis (Minus 10 % im Vergleich zu 2005) seit 1947. Mit 34,5 Prozent erhält die SPD das niedrigste

polis_2_10_015_016_015_018.qxd 13.07.2010 08:27 Seite 16



Ergebnis seit 1954. Im Vergleich zum schlechten Wahlergebnis von 2005 verliert die SPD nochmals 400.000 Wähler. Bei 7,8 Millionen Wählern trennen am Ende rund 6200 Stimmen die CDU von der SPD. Die Grünen präsentieren mit 12,1 % ein Rekordergebnis; die FDP landet bei 6,7 und die Linke schafft den Einzug in den 13. Landtag in Serie mit 5,6 %. Durch das Patt in der Sitzverteilung zwischen CDU und SPD kommt es zu keiner Mehrheit innerhalb der avisierten Lager rot-grün oder schwarz-gelb.

Die Volksparteien existieren nur noch als Volkspartei-Ruinen. Die Grünen wachsen zunehmend zur mittelgroßen Partei heran. Mehrheitsbildungen sind in einem changierenden Fünf-Parteien-Parlament durchaus noch mit Zweier-Koalitionen vorstellbar, aber keineswegs mehr kalkulierbar. Der Koalitionsmarkt führt zum Koalitionspoker nach den Wahlen. Der Einfluss des Wählers auf die Regierungsbildung wird dadurch immer geringer.

Der Eigenanteil der schwarz-gelben Regierung in Düsseldorf am Wahlverlust ist messbar. Zu keinem Zeitpunkt gelang es den Koalitionspartnern ihre Leistungsbilanz im Wahlkampf zu kommunizieren. Ihre sichtbaren Erfolge, die über gut vier Jahre auch zu positiven Umfragewerten führten, spielten im Wahlszenario keine Rolle. Die SPD holte in allen wichtigen Kompetenzfeldern (Wirtschaft, Finanzen) deutlich auf und überholte die Union im Bereich Schule/Bildung. Die FDP litt unter einem „Westerwelle-Malus“. Zu keinem Zeitpunkt hatte die FDP in NRW eine Chance, dem kommunikativen Negativtrend seit der Bundestagswahl etwas entgegenzusetzen.

Rüttgers verfügte über keinen belastbaren Amtsbonus. Die Herausforderin, Hannelore Kraft, schien bürgernäher und glaubwürdiger. Nur im Bereich „Sachverstand“ und „Tatkraft“ übertrumpfte Rüttgers seine Herausforderin. Die im Monatsrhythmus zielgenau veröffentlichte Skandalisierung der Sponsoring Affäre und anderer Unregelmäßigkeiten in der Parteienfinanzierung, brachten die Union deutlich in die Defensive. Am Ende konnten die Wähler nicht mehr erkennen, wofür die Regierung stand: Der Wahlkampf der Union richtete sich gegen rot-rot und gegen die „Einheitsschule“. Ganz offensichtlich hatte die Union die Warnzeichen aus den Wahlergebnissen 2009 (Europa-, Bundestags- und Kommunalwahl) unterschätzt.

Was kennzeichnet inhaltlich das Signal von Düsseldorf? Gewissheitsschwund ist seit dem 9. Mai politisch angesagt. Im rasanten Tempo hat die Berliner Koalition ihre Vorhaben verändert. Steuersenkungen sind unbefristet aufgeschoben. Finanzmarktregulierungen sind wohl auch im nationalen Alleingang möglich. Notwendige Sparhaushalte zwingen die Parteien erstmals dazu, um über Prioritätensetzungen zu streiten und Maßstäbe zu entwickeln. Regieren durch Verhandeln wird noch offensiver als zuvor von der Bundeskanzlerin genutzt. Sie muss jetzt die Länder über den Bundesrat stärker involvieren. Sollte es in Düsseldorf zur Großen Koalition kommen, ist informelles großkoalitionäres Regieren auch in Berlin wieder angesagt. In Zeiten von anhaltendem ökonomischen Krisenmanagement favorisieren die Wähler solche Konstellationen.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

Georg Weißeno, Klaus-Peter Hufer, Hans-Werner Kuhn, Peter Massing, Dagmar Richter (Hrsg.)
Wörterbuch Politische Bildung
Das Wörterbuch entfaltet mit seinen ca. 450 Verweisstichwörtern die zentralen Begriffe der politischen Bildung und Politikdidaktik. Die Themen werden multiperspektivisch erschlossen.
Die Aspekte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und der Politikdidaktik wurden dabei so weit wie möglich zusammengeführt, wobei jedoch auch die unterschiedlichen Entwicklungslinien sichtbar werden.
Ein wissenschaftliches Nachschlagewerk für alle, die in der politischen Bildung arbeiten und ein aktueller Beitrag zur Standortbestimmung des Faches.
978-3-89974248-0, 464 S., Hardcover, € 19,80

Ulrich Mayer, Hans-Jürgen Pandel, Gerhard Schneider, Bernd Schönemann (Hrsg.)
Wörterbuch Geschichtsdidaktik
Wer Geschichte unterrichtet, braucht geschichtsdidaktische Fachbegriffe auf aktuellem Stand. Mit diesem Band liegt das erste fachspezifische Wörterbuch zur Fachterminologie der sich entwickelnden Wissenschaftsdisziplin Geschichtsdidaktik vor. Das Nachschlagewerk im Hardcoverformat präzisiert Fachbegriffe und arbeitet ihren geschichtsdidaktischen Gehalt heraus. Seit einigen Jahren bezieht die Geschichtsdidaktik die Geschichtskultur als Forschungsfeld ein. Insofern hat sich auch ihre Terminologie erweitert. Mit diesem Wörterbuch erhalten Leserinnen und Leser auch Hilfen für einen sicheren Umgang mit der Fachterminologie der Geschichtskultur.
978-3-89974257-2, 2. überarb. u. erw. Aufl., 208 S., Hardcover, € 19,80

Reinhold Hedtke, Birgit Weber (Hrsg.)
Wörterbuch Ökonomische Bildung
Was unterscheidet den homo oeconomicus vom homo reciprocans? Welches Prinzip versteht man unter „Exemplarität“? Das Wörterbuch vermittelt mit allen wichtigen Definitionen und Erklärungen das nötige Wissen für einen fundierten Unterricht in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern und ist das ideale Nachschlagewerk hierfür. Erstmals finden Sie einen umfassenden und kompakten Überblick über den Stand der ökonomischen Bildung in Theorie und Praxis: Der fundierte Ratgeber für Lehrende, Studierende und alle Auszubildenden.
978-3-89974370-8, 368 S., Hardcover, € 19,80

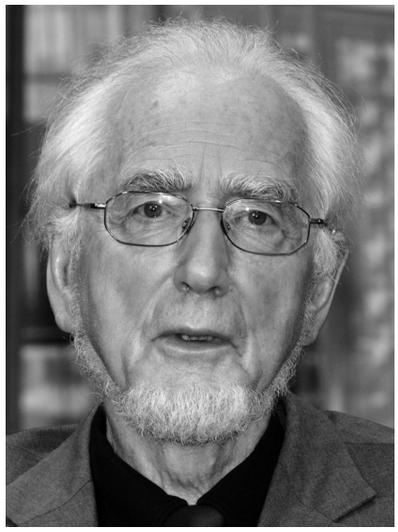
Adolf-Damaschke-Str. 10 • 65824 Schwalbach/Ts. • Tel.: 06196 / 8 60 65 • Fax: 06196 / 8 60 60 • www.wochenschau-verlag.de

polis_2_10_017_019_015_018.qxd 13.07.2010 08:44 Seite 17



# Ist die SPD wieder zurück?

Am Tag nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sprach mit Erhard Eppler für Polis Martina Tschirner.



*Dr. Erhard Eppler* war über viele Jahre Bundesminister und gehörte den Spitzengremien der SPD auf Landes- und Bundesebene an. Unter anderem leitete er die Grundwerte- und Programmkommission der sozialdemokratischen Partei; 1991 zog er sich aus der aktiven Parteiarbeit zurück. *Foto: dpa*

**Polis: Die erste Frage gilt natürlich dem Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Lassen die strahlenden Gesichter der SPD-Genossen am Wahlabend den Schluss zu: Die SPD ist wieder zurück?**

Eppler: Ja, und zwar offenkundig noch ein bisschen rascher als viele geglaubt haben. Man kann über eine Partei kaum reden, ohne gleichzeitig über die anderen zu reden. Ich habe am Tag nach dem Wahldesaster vom 27. September 2009 mit der Stuttgarter Zeitung ein Interview gemacht und damals schon die Erwartung ausgesprochen, dass die schwarzgelbe Regierung innerhalb eines Jahres ihre Unfähigkeit offenkundig machen würde, mit den Aufgaben nach der Krise fertig zu werden. Die schwarz-gelbe Koalition ist wie manch andere Koalition um viele Jahre zu spät gekommen. Die eine der beiden Parteien, nämlich die FDP, war noch ganz im marktradikalen Fahrwasser. Die andere Partei hatte teilweise begriffen, dass man damit nicht weiter kommt. Und so war es unvermeidlich, dass man erstens gestritten hat und zweitens keine für die Menschen erkennbare zustimmungsfähige Linie gefunden hat. Ich bin seit längerem der Meinung, dass der Hauptunterschied zwischen Union und SPD darin besteht, dass die SPD inzwischen mit den marktradikalen Einflüssen, die es auch in der SPD gab, fertig geworden ist und dies alles hinter sich hat, während die Union es noch vor sich hat.

**Polis: Dann war die Wahl also eine Denkzettelwahl? Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen wählten mit dem einem Denkzettel nach Berlin bzw. nach Düsseldorf. Gelingt es denn der SPD nicht, auch Wählerinnen und Wähler an ihr eigenes Programm zu binden?**

Eppler: Ich glaube, das sind zwei Dinge, die man nicht auseinander halten kann. Ich bin nicht der Meinung, dass der Ausdruck „Denkzettelwahl“ angemessen ist. Die Menschen haben einfach begriffen, dass es so nicht weitergehen kann. Sie haben verstanden, dass hier eine Regierung das Land führen soll, die weder in die Zeit passt, noch deren Koalitionspartner zueinander passen. Während sie zu der Überzeugung gelangt sind, dass erstens die Grünen ganz entschieden in die Zeit passen. Die Menschen haben auch verstanden, dass die SPD hinter sich hat, was die CDU vor sich hat. Was nicht bedeutet, dass der Verlust an Glaubwürdigkeit, den die SPD erlitten hat, innerhalb von Monaten aufzuholen wäre, aber es bedeutet schon, dass man der SPD heute schon mehr wieder zutraut als noch vor acht Monaten.

**Polis: Knapp 41 Prozent der Wählerinnen und Wähler sind doch gar mehr nicht zur Wahl gegangen. Darunter auch viele ehemalige SPD-Wähler. Die Partei der Nichtwähler ist der eigentliche Wahlsieger.**

polis_2_10_017_019_015_018.qxd 13.07.2010 08:44 Seite 18



EPPLER: Ich weiß, dass die SPD zweifellos an Glaubwürdigkeit verloren hat. Das betrifft aber auch die Union; von der FDP ganz abgesehen. Das heißt, es gibt auf allen Seiten, vielleicht am wenigsten bei den Grünen, enttäuschte Wählerinnen und Wähler, die es dann nicht über sich bringen, eine andere Partei zu wählen, sondern einfach zu Hause bleiben. Das gilt ganz besonders für die beiden Volksparteien.

**POLIS: Vielleicht könnten wir über dieses Desaster der Volksparteien noch weiter nachdenken. Sie sagten, die Sozialdemokratie habe an Glaubwürdigkeit verloren. Auch in Ihren Publikationen haben Sie darauf hingewiesen, dass die Sozialdemokratie mittlerweile ihre marktradikale Phase überwunden habe. Gehen Sie davon aus, dass es ihr deshalb gelingen wird, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder zurück zu gewinnen?**

EPPLER: Wenn eine Ideologie so dominant und so hegemonial wird – und zwar global, auf sämtlichen Kontinenten der Erde –, wie das bei der marktradikalen Ideologie der Fall gewesen ist, dann bleibt keine Partei davon unberührt. Und schon gar keine Partei, die gerade regiert. Es ist unendlich schwierig, gegen eine solche Ideologie, die von 80 Prozent der politischen und 99 Prozent der Wirtschaftsredaktionen medial verbreitet wird, anzuregieren. In der SPD sind für mich Wolfgang Clement und Bodo Hombach, weniger Gerhard Schröder, die Exponenten dieser marktradikalen Welle, die auch in die SPD eingeflossen ist. Schon vor der letzten Wahl 2009 hatte ich das Gefühl, dass viele Menschen nach einer in sich schlüssigen, realisierbaren Alternative zu diesem Marktradikalismus gesucht, dies aber nirgends gefunden haben; zumal sie der SPD grundsätzlich misstrauten. Es scheint jetzt auch so zu sein, dass gerade die aktuelle Politik der schwarz-gelben Koalition für viele den Unterschied zur sozialdemokratischen erst wieder deutlich gemacht hat. Deshalb bin ich auch gespannt, wie es nun weitergehen wird, sowohl innerhalb der Koalition als auch in der Opposition.

**POLIS: Kommen wir noch mal auf die Marktradikalität, auf die Ideologie des Neoliberalismus zurück, die sie auch in ihren Publikationen immer wieder geißeln. Es gab doch neben den beiden von Ihnen genannten Protagonisten eine breite Mehrheit innerhalb der SPD, die der Agenda 2010 zum Durchbruch verholfen hat.**

EPPLER: Gerhard Schröder war in einer Zwangslage: Jeden Tag konnte er in der Zeitung lesen, dass Deutschland wirtschaftlich das Schlusslicht in Europa sei und dass dies nur deshalb komme, weil die Regierung Schröder/Fischer nicht im Stande sei, die Reformen durchzusetzen, die nun nötig seien. Ich möchte Schröder zugestehen, dass er den Sozialstaat nicht demontieren, sondern zukunftsfähig machen wollte. Dass dabei Gedanken eingeflossen sind, die nicht aus der sozialdemokratischen Tradition stammen, will ich gerne zugeben.

**POLIS: Gehört auch der Bruch mit den Gewerkschaften in bestimmten Sachfragen dazu? Sich von der gesellschaftlichen Gestaltungsmacht der Gewerkschaften zu verabschieden, war ebenfalls ein großes Risiko.**

EPPLER: Ja, aber das wollte Schröder eigentlich nicht, sondern das ergab sich aus dem, was er mit der Agenda 2010 durchsetzen wollte. Man vergisst, dass der Absturz der SPD in der Wählergunst schon vor der Agenda 2010 begann, dass Schröder vor der Frage stand, weiter abzugleiten oder noch einmal einen großen Wurf zu wagen, wobei er sich von Vornherein klar war, dass das eine riskante Operation war. Und dann kam auch noch das Zwangsargument der Globalisierung hinzu. Das heißt: Die Globalisierung zwingt uns, dieses und jenes zu tun, von daher die Sachzwangideologie. Eine rechte, eine konservative Partei, die Sachzwänge exekutiert, muss sich nicht unglaubwürdig machen, eine sozialdemokratische Partei sehr wohl.

**POLIS: Heißt das, man hatte innerhalb der SPD keine andere Chance, als sich diese Sachzwänge auch zu Eigen zu machen?**

EPPLER: So würde ich es nicht ausdrücken. Ich glaube schon, dass es eine Alternative gegeben hat. Nur wäre sie in der damaligen Zeit mindestens so riskant gewesen wie das, was die Sozialdemokratie tatsächlich getan hat. Denn als Regierung gegen alles anzugehen, was in den Medien selbstverständlich ist, das muss man mir erst einmal vormachen. Ich glaube, in Deutschland hat der Marktradikalismus auch noch durch den Kollaps des Kommunismus und die deutsche Vereinigung profitiert. Menschen neigen dazu, das Gegenteil des Falschen für richtig zu halten. Und wenn es offenkundig falsch war, den Markt durch Politik, Bürokratie und Staat zu ersetzen, warum sollte man dann nicht einmal das Umgekehrte probieren, nämlich Staat und Politik durch den Markt zu ersetzen, und genau das ist ja bis in die Kommunen hinein versucht worden.

**POLIS: Bedeutet dies, dass wir bereits in Philip Bobbits „Marktstaat", den Sie in einer Ihrer letzten Publikationen beschreiben, angekommen sind?***

EPPLER: Nein, wir sind dort noch nicht angekommen, aber wir bewegen uns darauf zu. Den „Marktstaat", wie ihn Bobbit schildert, wird es möglicherweise in Reinform nie geben, aber man kann sich diesem annähern. Die Vereinigten Staaten haben sich diesem Marktstaat mit ziemlicher Geschwindigkeit angenähert, dann kamen die Briten, die sich auch unter sozialdemokratischer Führung in diese Richtung bewegt haben. Auf dem europäischen Kontinent war die Geschwindigkeit geringer, aber z. B. in Deutschland höher als in Frankreich.

**POLIS: Wir sind in ganz vielen gesellschaftlichen Bereichen dort angekommen. Das Wettbewerbsprinzip hält doch in immer mehr gesellschaftliche Bereiche Einzug.**

EPPLER: Na ja, darüber habe ich ja, auf dem Dresdener Parteitag etwas gesagt: Wettbewerb ist in der Wirtschaft unentbehrlich, aber im Kindergarten muss er nicht unbedingt sein. Das Wettbewerbsprinzip ist in der Tat verallgemeinert worden und gilt ja heute noch als allgemeines Prinzip.

**POLIS: Wo sehen Sie Gestaltungsmöglichkeiten, sollte die SPD jetzt, nachdem sie, wie Sie sagen, ihre markt-**

polis_2_10_017_019_015_018.qxd 13.07.2010 08:44 Seite 19



**radikale Phase überwunden hat, im Bund wieder in die Regierungsverantwortung kommen?**

EPPLER: Jetzt ist eine Revitalisierung der verschiedenen staatlichen Ebenen notwendig und zwar beginnend mit den Kommunen. Die Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden, auch finanziell. Ein finanziell nicht mehr handlungsfähiger Staat, das zeigt ja die jetzige Krise, ist gar nicht mehr lebensfähig. So wären Steuersenkungen jetzt nicht mehr nur falsch, sondern sie wären kriminell, weil sich die Spekulation möglicherweise dadurch ermutigt sähe, dass auch der deutsche Staat als größte Volkswirtschaft in Europa finanziell nicht mehr auf festen Beinen steht.

Das zweite sind die Bundesländer – und da geht es vor allem um die Bildung. Die Länder müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie eine wirkliche Bildungspolitik überhaupt machen können. Eine Chance für den Bund besteht darin, dass der Verteidigungsetat immer geringer wird. Der Anteil des Verteidigungs- am Gesamtetat schrumpft. So bleibt mehr Spielraum die für Familien- und für die Sozialpolitik insgesamt.

Drittens muss ein Steuerkonzept entworfen werden, das den Menschen mehr einleuchtet als das aktuell geltende und vor allem mehr einleuchtet als das der FDP propagiert. Und schließlich kann ich mir vorstellen, dass ein Konzept in der Rentenversicherung und in der Alterssicherung insgesamt realisierbar ist, das der demografischen Wirklichkeit Rechnung trägt und trotzdem angemessen finanzierbar ist. Mit anderen Worten: ich sehe eine Fülle von Möglichkeiten für eine konstruktive sozialdemokratische Politik. Ich möchte vielleicht noch etwas hinzufügen: linke demokratische Politik muss – und das zeigt sich ja jetzt in diesen Wochen noch ein bisschen deutlicher als je zuvor – europäische Politik sein. Die Nationalismen, die in den letzten Jahren und Monaten, wenn man beispielsweise an Ungarn denkt, wieder ins Kraut schießen; das können wir uns in Europa auf keinen Fall mehr leisten.

**POLIS: Müssen wir uns denn nicht auch zunehmend als Weltbürger verstehen?**

EPPLER: Ja, aber zunächst einmal geht es darum, auf der internationalen Ebene in der europäischen Union staatliche Rahmensetzungen zu Stande zu bringen, die auf der nationalstaatlichen Ebene nicht mehr greifen. Wir brauchen unbedingt eine Rahmensetzung in der Steuerpolitik, z. B. Mindeststeuern für Unternehmen, vielleicht auch Höchststeuern für Unternehmen und Mindest- spitzensätze, damit die Europäer sich nicht gegenseitig ihre Staaten dadurch ruinieren, dass sie diesen seit langer Zeit anhaltenden Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern weiter fortsetzen. Hier müssen die Sozialdemokraten viel stärker als bisher Flagge zeigen und Europa noch mehr zum Thema machen, zumal die Unionsparteien, die sich das zuerst auf die Fahnen geschrieben haben, sich nun wieder Nationalismus leisten.

**POLIS: So, wie man die Sozialdemokraten in den letzten Jahren erlebt hat, stellt sich die Frage:Ist sie noch Volkspartei, ist sie vielleicht gar eine Kaderpartei? Man musste den Eindruck gewinnen, es gibt einen inneren Zirkel, der dafür sorgt, dass aus Sicht der Führungsriege die richtigen Posten mit den richtigen Leuten besetzt werden. Anders formuliert: Sind die Parteitage nicht mehr und mehr zu Veranstaltungen verkommen, die nur noch „oben" getroffene Entscheidungen nachträglich legitimieren?**

EPPLER: Also, Kaderpartei ist sie nun ganz sicher nicht. Wer heute in die Ortsvereine geht und den Ton kennt, der dort üblich ist, und die Art kennt, wie man dort miteinander umgeht, wird feststellen, sie ist das Gegenteil von einer Kaderpartei. Und wenn ich mir überlege, wie die Ortsvereine zusammengesetzt sind, dann ist die SPD nach wie vor eine Volkspartei. Da gibt es den Architekten und eben auch den Bauarbeiter sowie relativ viele Leute aus dem öffentlichen Dienst, wie z. B. Lehrer. Und dann gibt es eben auch sehr viele Frauen. Insgesamt glaube ich nicht, dass man eine Partei als Volkspartei danach klassifizieren kann, ob sie nun gerade 25 oder 45 Prozent der Wähler und Wählerinnen hinter sich hat, sondern vielmehr danach, ob sie versucht, dem Gemeinwohl und nicht nur einer Gruppierung zu dienen. Zur Gemeinwohlorientierung gehört sicher, dass man die Schwächsten besonders fördert – hier sehe ich keinen Widerspruch. Es widerspricht aber sehr wohl dem Gemeinwohl, eine bestimmte Gruppierung, zum Beispiel die Zahnärzte oder die Hoteliers besonders zu bedienen. Und insofern gibt es aus meiner Sicht tatsächlich noch zwei Volksparteien, die das Ganze im Blick haben: die Union und die SPD.

**POLIS: Wie sehen Sie das Verhältnis der SPD zur Linkspartei? Sie durch eine Politik der Ausgrenzung überflüssig zu machen, greift offensichtlich nicht.**

EPPLER: Nein, das ist wohl nicht möglich. Ich gehörte zu den Leuten, die zunächst die Grünen verhindern wollten, indem sie versucht haben, die Ökologie in der SPD zu verankern; das hat bekanntlich Helmut Schmidt verhindert. Dann gab es die Grünen, und ich habe von Anfang an gesagt, dies ist eine Partei, die sich nicht nur halten wird, sondern die im 21. Jahrhundert noch wichtiger sein wird als zuvor, weil sie etwas Neues zu bieten hat. Die grüne Partei hat das Thema Ökologie, das in den 1960er Jahren überhaupt noch keine Rolle spielte, aufgegriffen und in ein Programm integriert. Bei der Linkspartei sehe ich etwas Vergleichbares nicht. Sie erhebt im Kern nur Forderungen aus den 1970er Jahren. Insofern ist die Linkspartei noch gar nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Darüber hinaus könnte ich mir vorstellen, dass es dort zu harten Auseinandersetzungen darüber kommt, ob man nun regieren oder nur protestieren will. Und langfristig würde ich auch nicht ausschließen, dass es so kommt wie im Jahr 1921, als die Unabhängigen in ihrer großen Mehrheit wieder zur SPD zurück gekommen sind und eine kleinere Gruppe übrig bleibt – damals war es die Kommunistische Partei, heute wäre es wohl eine ziemlich sektiererische Gruppierung.

**POLIS: Herr Eppler, ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch.** ◆

## Anmerkung

* Erhard Eppler: Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: die SPD? Berlin 2008

polis_2_10_020_024_015_018.qxd 13.07.2010 08:46 Seite 20



# Politikdidaktische Überlegungen zum postdemokratischen Dilemma

Von *Marcus Grebe*

*Marcus Grebe* ist Studienrat am Gymnasium Johanneum in Herborn, Lehrbeauftragter am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg und bis August 2010 Ausbildungsbeauftragter am Studienseminar Fulda

## Parteiendemokratie in der Rezession

Es geht wieder ein Gespenst um in Europa – das einer ökonomisierten, kapitalistischen Demokratie. In ihr, so der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch[1], reduziert sich Demokratie auf ein formal-institutionelles Maß, bei dem demokratischen Verfahren wie Wahlen lediglich eine instrumentelle Bedeutung zukommt. Das Tragischste an dieser Vorstellung: Volkssouverän und mündiger Bürger werden auf dem Altar kapitalistischer Marktgesetze geopfert.

Claudia Ritzi und Garry S. Schaal halten uns vor diesem Hintergrund in ihren Überlegungen zur politischen Führung in der Postdemokratie vor Augen, wie die mit der zunehmenden Entmachtung des Bürgers aufkommende „leader democracy“ zu kennzeichnen ist: Gesteigerte, oft oberflächliche Imagepolitik und kurzfristig personalisierte Wahlkampfstrategien treten dabei parteipolitisch an die Stelle einer klaren Programmatik und des eigentlichen Kerngeschäfts der Politik: das mühsame und oft langwierige Ringen um politische Entscheidungsfragen und das Abwägen dazugehöriger möglicher Handlungsoptionen.[2] Mindestens genauso schwer wiege dabei, dass politische Inhalte vermehrt von überwiegend wirtschaftlichen Interessen unterhöhlt würden. Am Ende stehe dann die „Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen Demokratie“.[3]

Folgt man Crouchs Kassandrarufen, hat diese Zukunft der Demokratie nicht nur in Europa, sondern auch in Deutschland schon begonnen. Und ja, in der Tat, wer sich heute die vermehrte Zuschauerdemokratie im Zuge spektakulär inszenierter Wahlkämpfe, steter Meinungsbarometer und politischer Talkshows sowie die damit einhergehende wachsende Einflussnahme der Massenmedien vor Augen hält oder auch den sich ausbreitenden Zugriff lobbyistischer, wirtschaftspolitischer Interessengruppen auf die Politik beobachtet, wird sich indes des Eindrucks nur schwer erwehren können, dass es sich bei Crouchs Ausführungen nicht nur um ein bloßes Gedankenkonstrukt mit reinem Modellcharakter, sondern um eine richtungsweisende Prognose handelt.

Spannend und wert scheint in diesem Zusammenhang ein analytischer Blick auf die sich wandelnden Rollen der einzelnen Akteure im politischen System der Postdemokratie. Parteien und Politiker tun sich dabei fortan immer schwerer, den vielfältigen, pluralisierten und somit fragmentierten Bürgerinteressen und ihren einzelnen Erwartungshaltun-

polis_2_10_020_024_015_018.qxd 13.07.2010 08:46 Seite 21



gen in der Breite gerecht zu werden, da die Bürger – nicht zuletzt bedingt durch den Wegfall einstiger sozialer Milieus – immer weniger eindeutig identifizierbare politische Wünsche artikulieren. Insbesondere die Volksparteien aber auch die Klientelparteien reagieren daher mit weitgehend indifferenten Wahlprogrammen, deren genaue Zuordnung bisweilen sogar den eigenen Repräsentanten schwer fällt.[4] Auch der Wähler findet sich darin nur schwer wieder und sieht sich nicht oder nur allzu selten repräsentiert. Allein den Klientelparteien gelingt unter diesen Umständen mitunter noch ein „partielles Fischen im Wählerbecken" und vielleicht resultiert der Wahlerfolg der Grünen bei der vergangenen Landtagswahl in NRW ja gerade daraus, dass sie als bekennende Umweltpartei für den Wähler immerhin noch eine deutliche Aussage und eine klare Linie erkennen lassen.

Die häufige Absage an alles Politische rührt neben diesem Identitätsverlust nicht selten auch aus einer mitunter sklavischen Unterwerfung der Parteien unter die Funktionslogiken der (Massen-)Medien. In Negativismus, zunehmenden Personalisierungen und verkürzten Darstellungen von Zusammenhängen als mediale Konstruktionsmerkmale und medienspezifische Darstellungszwänge sowie einem Politainment der bisweilen einfältigsten Sorte offenbaren sich die Gründe, warum in der Öffentlichkeit oftmals auch ein vermeintliches falsches Bild von problemlösungsunfähigen und nicht vertrauenswürdigen Politikern gezeichnet wird. Am Ende steht dann Verdrossenheit – ganz gleich ob gegenüber Politiker, Parteien oder Politik selbst. Und innerparteilich? Die Kluft zwischen Stammwählern, Mitglieder, Aktivisten einerseits und Mandatsträgern, Führungseliten und parteinahen Expertennetzwerken andererseits wächst wie die Kluft zwischen Arm und Reich. Claus Offe spricht im Zusammenhang mit Crouchs Ausführungen von der mitgliederleeren Partei und einer „schleichenden politischen Enteignung" der Bürger.[5] Gleichsam wuchere dabei nach Offe auch die mythologische *„Lehre vom überlegenen Wissen und von der höheren pragmatischen Kompetenz des Managements für die Regelung nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sämtlicher öffentlicher Angelegenheiten."*[6] Privilegierte Eliten, Lobbyisten und Unternehmer scheinen dabei den Bürger als Souverän abzulösen. In der Rolle eines Marginalisierten bleibt ihm dabei letzen Endes nur noch eine vermeintliche Wahlfreiheit – ähnlich wie die Entscheidungsfreiheit von Konsumenten an den Supermarktkassen dieser Welt.

Crouchs Bilder sollten uns bedenklich stimmen. So stellt sich denn auch die Frage, wie krisensicher eine zunehmend ökonomisierte Demokratie sein mag, wenn sie nicht mehr im Volk verankert ist und die Verdrossenheit überhand nimmt. Distanzierung, lethargisches Erstarren, Passivität zum einen oder Aufbegehren, Protest und Aktivität zum anderen bleiben dann dem Bürger noch als Handlungsoptionen. Doch beides – Rückzug oder Angriff – führt zunehmend zu mangelnder Legitimation politischen Handelns und sorgt im Endeffekt für die Handlungsunfähigkeit von Staat und Politik. Denn in solchen Zeiten neigen Politik und Volk lediglich vermehrt dazu: *„…den Status quo zu verteidigen, nur mehr kurzfristig-rationale Entscheidungen zu treffen und große Reformen zu verschleppen."*[7]

## Rettungspakete für die Demokratie

Zunehmende Verdrossenheit und der Bürger in der Rolle des bisweilen „apathischen Stimmviehs" lassen am Ende einmal mehr die Forderungen nach einer vitalen Demokratie aufkommen. Also wieder mehr direkte Demokratie wagen und dadurch die Demokratie stärken?[8] Dient uns vielleicht Obamas Wahlkampf als Anschauungsbeispiel? Zumindest hat er mit seiner Kampagne den Stellenwert von Bürgerbeteiligung nachhaltig untermauert. Mittels seines sozialpolitischen Netzwerkdienstes *„MyBarackObama"* – also mit Hilfe der neuen Medien – hat er es nämlich geschafft, seine Anhänger miteinander zu verbinden sowie reale Treffen von politisch Interessierten vor Ort zu initiieren und wichtiger noch, er hat es Bürgern per Anleitung ermöglicht, sich selbst als Wahlkämpfer zu engagieren und seinen Wahlsieg zu ihrer eigenen Sache zu erklären. Insbesondere junge Wähler ließen sich auf diese Weise für die Politik begeistern.

Die von Crouch geforderte Mobilisierung des Bürgersinns sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Initiierung neuer sozialer Bewegungen können vom Grundgedanken her jedoch auch im System der repräsentativen Demokratie erfolgen – oftmals drohen sie jedoch von den Parteien nicht aufgegriffen oder auf der Entscheidungsebene von der Parteiendemokratie erstickt zu werden. Doch ob mehr direktdemokratische Verfahrensweisen hier allein Abhilfe leisten, erst recht wie Crouch sie in Form von Bürgerversammlungen, die über die Zuteilung von Steuergeldern an die Parteien entscheiden oder die nach zufälliger Auswahl der Teilnehmenden gar über Gesetzesvorschläge beraten, andenkt, bleibt äußerst strittig. Direktdemokratische Verfahrensweisen können also nicht das Allheilmittel sein und ein Blick in die Vergangenheit verrät, wie anfällig sie ohne Sicherungsinstrumentarien sind. Und dennoch besäßen beispielsweise direkte kommunale Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Haushaltspolitik oder der partielle Ausbau der Beteiligungsrechte der Bürger hin zum Volksentscheid durchaus ihren Reiz und erste positive Erfahrungen mit so genannten „Bürgerhaushalten" liegen bereits vor. Doch sie setzen, um Entscheidungen zu treffen und zu legitimieren, die Hinführung zum mündigen und aufgeklärten Bürger, zum *Citoyen*, voraus. Nur damit gelingt, quasi als Vorausbedingung, die Umsetzung von Benjamin Barbers erweiterter Vorstellung von Demokratie: *„Nehmen Individuen ihre Aufgaben als Bürger wahr, dann werden sie zugleich dazu erzogen, öffentlich als Bürger zu denken, so wie die Bürgerschaft die staatsbürgerliche Tätigkeit mit dem erforderlichen Sinn für Öffentlichkeit und Gerechtigkeit erfüllt. Politik wird zu ihrer eigenen Universität, Bürgerschaft zu ihrer eigenen Lehranstalt und Partizipation zu ihrem eigenen Lehrmeister."*[9]

Parteien und Politiker scheitern bei uns indes noch an etwas anderem: Bisher ist es nur unzureichend gelungen, den Kapitalismus in den Griff zu bekommen und seine negativen Auswirkungen auf unsere Demokratie zu stop-

polis_2_10_020_024_015_018.qxd 13.07.2010 08:46 Seite 22



pen. Immer noch sorgen kapitalistische Marktdoktrin und Wirtschaftslobbyismus (der nicht selten bis hin zu Korruption reicht) für die Fehlvorstellung, dass Marktgesetze wie Naturgesetze gelten müssen. Einen möglichen Ausweg hierfür könnten die Konzepte des keynesianischen Wohlfahrtsstaates bieten, weil in ihnen die Verantwortung und Verpflichtung des Staates und der Politik wieder deutlicher zum Ausdruck kommen und sich darin die Interessen der Mehrheit spiegeln. Dazu gehört neben einem gesunden dynamischen Wachstum aber vor allem auch das Austarieren von Leistungs-, Bedarfs- und Chancengerechtigkeit und eine im Ergebnis sozial verträgliche Politik. Wie die derzeitigen regulierenden Eingriffe im Rahmen von Finanz- und Währungskrisen zeigen, kommt es in diesem Kontext aber insbesondere auch auf eine intensivierte internationale Zusammenarbeit und auf mehr Konzepte, die in Richtung Global Governance weisen an, um die Herde in den Griff zu bekommen.

Erstaunlich bleibt zum Schluss: Bei beiden innerstaatlichen Forderungen – Formung zum mündigen Bürgerideal sowie Rückkehr zu den Konzepten des keynesianischen Wohlfahrtsstaates – sind es vor allem Wertvorstellungen wie Vertrauen, Glaube, Fairness, Verantwortung und Gerechtigkeit, die für die nachhaltige Akzeptanz von Politik in der Bevölkerung sorgen. Die Ökonomie selbst musste die Einflussnahme solch oftmals irrationaler Beweggründe auf die Entscheidungsfindung der Menschen lernen, wie die zunehmende Verabschiedung vom einstigen Leitbild des *homo oeconomicus* gezeigt hat. Eines haben diese Wertvorstellungen dabei gemeinsam: Sie beruhen auf Gegenseitigkeit, sind das Produkt von Erfahrungswerten, bedürfen Vorbilder und müssen in der Gemeinschaft vermittelt und verankert werden. Auch dies wird bei zukünftigen politischen Entscheidungen und der Ausgestaltung unserer Parteiendemokratie zu beherzigen sein, denn daran wird nicht nur ihre Beständigkeit und ihr Wert gemessen, sondern daran wird sich auch die Frage entscheiden, inwiefern postdemokratische Zustände revidierbar sind und unsere Demokratie wieder einen Aufschwung erlebt.

## Was bedeutet das für die politische Bildung?

Zunächst einmal sollte die politische Bildung – und dies gilt für die schulische wie außerschulische Bildung gleichermaßen – ihr „Kerngeschäft", die Ausbildung und Förderung der „Bürgerkompetenzen", nicht vernachlässigen und die Bürgerinnen und Bürger zur politischen Partizipation befähigen. Die politische Bildung sollte darüber hinaus deutlicher als bisher von einem weit gefassten Verständnis von Demokratie, Politik und politischer Partizipation ausgehen, denn die institutionalisierten Politik- und Partizipationsformen verlieren für die Bürgerinnen und Bürger zunehmend an Attraktivität. Insbesondere die schulischen Curricula bedürfen hier einer Revision, denn die schulische politische Bildung orientiert sich fast ausschließlich an den Prozessen der repräsentativ-demokratischen Demokratie. Die politische Bildung sollte umfassender darauf reagieren, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einerseits häufig ohnmächtig gegenüber den etablierten politischen Strukturen und Institutionen fühlen, andererseits aber durchaus bereit sind, sich im sozialen Bereich oder zivilgesellschaftlichen Bereich zu engagieren, punktuell an Kampagnen teilzunehmen oder bewusst „politischen Konsum" betreiben.[10] Bürgerbeteiligungen, „Neue Soziale Bewegungen" bis hin zu NGOs sollten deshalb im Unterricht stärker Berücksichtigung finden und hinsichtlich Handlungsrahmen und Gestaltungsmöglichkeiten einer kontroversen Betrachtung unterzogen werden, bei der deren Partizipationsmöglichkeiten und Stellenwert für die Demokratie mit den Schülern diskutiert und ausgelotet werden. Ebenso und gleichzeitig muss die politische Bildung vermehrt zum kritisch-reflexiven Umgang mit medialen Darstellungs- und Beteiligungsformen anhalten – dazu gehört in Zeiten des Internets nicht zuletzt auch der „mündige" Umgang mit Netzwerken, Foren und Plattformen wie *Twitter, Facebook* sowie das Aufzeigen politischer Partizipationsmöglichkeiten im Web 2.0.

Die politische Bildung sollte aber nicht nur nach den Strukturen der Demokratisierung, sondern ebenfalls nach den Elementen der Entdemokratisierung fragen. Demokratie ist kein statisches Gebilde, sondern immer wieder von Phasen des Demokratieabbaus oder der „Demokratieentleerung"[11] durchzogen. Crouchs Analyse der „postdemokratischen" Überlagerung politischer durch ökonomische Kategorien bietet dazu vielfältige Ansatzmöglichkeiten, weil er die Deformation der Demokratie nicht als abrupten Systemwechsel, sondern als allmählichen „Substanzverlust" unter Beibehaltung der institutionellen Strukturen beschreibt. Diese Gleichzeitigkeit von Demokratie und Entdemokratisierung sollte die politische Bildung aufgreifen und reflektieren.

## Überlegungen zur unterrichtspraktischen Umsetzung

Bietet sich Colin Crouchs Postdemokratiemodell auch als Lerngegenstand für den politischen Unterricht an? Der besondere Reiz der Thematik liegt darin, dass Wirkungsursachen und Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie das Zusammenspiel verschiedener Akteure (wie z.B. Politiker, Bürger, Unternehmer, Lobbyisten, Massenmedien etc.) als auch eine Vielzahl an Kategorien und kategorialen Zusammenhängen bzw. Fachkonzepten daran analytisch betrachtet werden können. Ebenso lassen sich die Prinzipien der Problem-, Wissenschafts- und Zukunftsorientierung verfolgen. Somit bietet sich zum einen die Chance, im Fachunterricht wertvolles Verknüpfungswissen einzuüben, zum anderen werden zukünftige Demokratie und Leitbild des mündigen Bürgers auf den Prüfstand gestellt. Ein Schwerpunkt könnte in diesem Zusammenhang auch auf der Schulung der Handlungskompetenz und entsprechender Teilkompetenzen liegen: Ausfüllung der eigenen Bürgerrolle, Entwicklung und Verständnis von Bürgertugenden bis hin zur Positionierung und der Fähigkeit, Politik einen persönlichen Stellenwert zuzuweisen, sich selbst darin zu verorten, Ideale und Werte zu vertreten und nach außen zu artikulieren sowie dabei ein tieferes, auf die eigene Identität bezogenes (Sinn-)Verständnis von Welt, Politik, Gesellschaft und Demokratie zu bekommen, sind Kompetenzen, die sich mit Hilfe von Crouchs Ausführungen vermitteln lassen. Hin-

polis_2_10_020_024_015_018.qxd 13.07.2010 08:46 Seite 23



sichtlich der Komplexität des Themas sollte jedoch bedacht werden, dass sich Crouchs Modell ausschließlich für die Oberstufe eignet.

In einer Einstiegs- bzw. Vorlaufphase zur Unterrichtsreihe besteht zunächst die Option, je nach Lerngruppe und Unterrichtsstand, verschiedene Zugänge zur Thematik zu wählen: Bevorzugt man, sich seitens der Wirtschaft und vom Standpunkt der Kapitalismuskritik dem Thema anzunähern, sei vor allem der Artikel *„Fegefeuer des Marktes"*[12] von Jens Jessen zur Einarbeitung und Diskussion im Unterricht empfohlen, da er an vielen Punkten die Auswirkungen der Ökonomie auf Demokratie, Politik und Gesellschaft aufzeigt. Wer stärker den Akzent auf Lobbyismus und Massenmedien setzen möchte, sollte die 45minütige Dokumentation *„Strippenzieher und Hinterzimmer"*[13] von Thomas Leif und Julia Salden in Betracht ziehen. Ebenso ermöglicht es der mit vielen Materialvorlagen und konkreten Unterrichtsvorschlägen versehene Band *„Das Image der Politik und der Politiker. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung politischer Akteure"*,[14] sich medienkritisch mit Politik und Politikern in der Parteiendemokratie auseinanderzusetzen. Sehr gut für einen Problemaufriss geeignet ist auch die Frontal21 Sendung vom 22.09.2009[15] mit verschiedenen Beiträgen zu den Themen Wahlbeteiligung, Wähler, Wahlprogramme. Zitate wie das von Max Otte: *„Ich denke, dass wir in neofeudale Zustände abzugleiten drohen, in denen die Konzerne und die Lobbys immer mehr die Macht übernehmen, vielleicht noch die Medien und der Bürger immer mehr an den Rand gedrängt wird"* (entnommen aus dem Beitrag: *„Nichtwahl als Protest"* von *Steffen Judzikowski* und *Christian Rohde*), dienen zur Sensibilisierung und für eine erste Diskussion.

Im Anschluss an diese Zugänge bietet dann die wahlweise Erarbeitung der Artikel: *„Das Ding heißt Demokratie"*[16] oder *„Wie der Markt die Politik vergiftet"*[17] die Möglichkeit, eine direkte Überleitung zur Postdemokratie zu schaffen.[18]

In der darauf folgenden Erarbeitungsphase könnte dann die Arbeit mit der Szenario-Methode im Vordergrund stehen. Als Denkmodell für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dient die Methode dazu, Zusammenhänge in ihrer Komplexität zu durchdringen und Vernetzungsfähigkeit und systemisches Denken zu fördern (vgl. Weinbrenner[19]). Des Weiteren schärft sie den Blick auf etwaige Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten und hält den Schülern die Wert- und Normenabhängigkeit von Zukunftsvorstellungen vor Augen. Durch simulatives Handeln und produktive-kreative Umsetzung zeigt sich die Methode zudem handlungsorientiert. Insofern stellt sie eine entsprechende Passung des methodischen Umgangs in Bezug auf das Thema Postdemokratie dar.

| Einflussbereich | Einflussfaktoren | Deskriptoren |
|---|---|---|
| Partizipation und Legitimation | Parteien | - Transparenz und Verständlichkeit der Programme<br>- Repräsentativität: Mitgliederzahl<br>- Grad der innerparteilichen Demokratie |
| | Wahlen | - Wahlbeteiligung<br>- Vertrauen der Bürger in die Wahl |
| | Bürgerbeteiligung (Interessengruppen, Neue Soziale Bewegungen, Bürgerbewegungen, NGOs) | - Organisationsgrad / Beteiligungsumfang<br>- Einfluss und Durchsetzungsvermögen bezüglich politischer Entscheidungen (z.B. direktdemokratische Verfahren)<br>- Legitimität und Gesetzeskonformität |
| | Politiker | - Unabhängigkeit<br>- Verantwortungsbewusstsein<br>- Professionalisierung |
| | Lobbyismus | - Ausprägungsgrad (Organisation und Durchdringung)<br>- Stellenwert von Lobbyisten, personelle Verflechtungen<br>- vorgesehene und reale Einflussmöglichkeiten im politischen System |
| Ökonomie | Deregulierung | - Privatisierung, Outsourcing staatlicher Aufgaben |
| | Unternehmen | - Machteinfluss (z.B. abzulesen an Unternehmenskonzentration, Korruption, Standortentscheidungen, Lohndumping etc.) |
| | Verteilung und Gerechtigkeit | - Einkommensverteilung (Lohnquote)<br>- Bedarfs-, Chancen- und Leistungsgerechtigkeit |
| | Wirtschaftstheoretische Vorstellungen und Wirtschaftspolitik | - Stellenwert des Leitbildes vom homo oeconomicus und Bedeutungswert von Marktgesetzen<br>- Angebots- und Nachfrageorientierte Konzepte |
| Politische Kommunikation | Medien | - Ausprägungsgrad einzelner Modellvorstellungen (Top-down-,Bottom-up-, Biotop- und Mediokratiemodell)<br>- Effizienz und Akzeptanz des Internets für politische Prozesse (z.B. Partizipationsmöglichkeit und Mobilisierungsumfang im Rahmen von WEB 2.0) |
| | Politainment | - Auswirkungen der Personalisierung der Politik<br>- Ausbreitung und Wirkung von medialen Formaten wie Talkshows |

polis_2_10_020_024_015_018.qxd 13.07.2010 08:46 Seite 24



In einem ersten Vorgehensschritt der Szenario-Methode sollte mit den Schülern das Problem zunächst definiert und genauer beschrieben werden. Im Anschluss an diese *Problemanalyse* wird dann mit der Leitfrage: *Wovon ist der Verfall der Demokratie hin zur Postdemokratie abhängig?* ermittelt, welche *Einflussbereiche* auf das Problem wirken. Maßgeblichen Einfluss auf das Dilemma der Postdemokratie haben z.B. die Bereiche *Partizipation und Legitimation, Ökonomie, Politische Kommunikation* oder auch *Gesellschaft und Bildung*. Diese werden darauf hin weiter präzisiert, indem ermittelt wird, welche Faktoren diese Bereiche gut kennzeichnen. Im Falle der *Partizipation und Legitimation* könnten u.a. *Wahlen, Parteien, Bürgerbeteiligungen* entsprechende Einflussfaktoren darstellen. In einem letzten Schritt sind diese Faktoren zu operationalisieren, in dem sie auf quantitative oder qualitative Deskriptoren herunter gebrochen werden. Im Falle der *Wahlen* bieten sich *Wahlbeteiligung* und *Vertrauen der Bürger in Wahlen* als Deskriptoren an.

Die Tabelle auf S. 23 zeigt zum besseren Verständnis exemplarisch mögliche (!) *Einflussbereiche, Einflussfaktoren und Deskriptoren* im Falle der Postdemokratie. Sie kann entweder mit den Schülern im Unterricht zusammen erarbeitet oder partiell vorgegeben werden. Wichtig erscheint aber, dass im Hinblick auf die darauffolgende Ausformulierung in ein stimmiges Szenario aufgrund der Komplexität eine gezielte, reduzierte Auswahl von Einflussbereichen, Einflussfaktoren und Deskriptoren erfolgen sollte, da in Bezug auf Verknüpfungen und gegenseitige Einflussnahme die Komplexität der Szenarien sonst schnell zu groß wird.

Nach dieser Vorarbeit gehen die Schüler dazu über, sich ihre *individuellen Zukunftseinschätzungen* zu überlegen, ehe sie dann in einem gruppenarbeitsteiligen Prozess *ein positives und ein negatives Extremszenario* sowie ein Trendszenario (Versuch einer möglichen Fortschreibung der Gegenwart) jeweils für einen kurzfristigen (ca. 5-10 Jahre), einen mittelfristigen (ca. 11-20 Jahre) sowie einen langfristigen Zeitraum (mehr als 20 Jahre) entwerfen. In der Ausformung sollte dabei ein sogenannter Szenarientrichter entstehen (vgl. Weinbrenner). Zu berücksichtigen bleibt, dass die Schüler bei den Extremszenarien möglichst keine Kompromisse eingehen sollten und die Ursache-Wirkungszusammenhänge der Einflüsse so konkret wie möglich beschrieben werden sollten. Eine besondere Stärke der Methode, die sich in diesem Abschnitt offenbart, ist die Vielzahl an Differenzierungsmöglichkeiten. So kann eine Gruppe zum Beispiel nur eine Szenariovariante oder aber mehrere entwickeln; am anspruchsvollsten zeigt sich indes die Entwicklung eines Trendszenarios. Eine weitere Möglichkeit wäre, durch die Anzahl der Einflussbereiche und -faktoren den Grad an Schwierigkeit und Komplexität zu erhöhen. Die Aufforderung an die Gruppen, ihre Szenarien anschließend in einer *kreativen, produktorientierten Präsentation* vorzustellen, bietet ebenfalls individualisierte Gestaltungsmöglichkeiten.

Mit der abschließenden Frage nach Möglichkeiten der Stärkung bzw. Abschwächung erwünschter bzw. befürchteter Entwicklungen im Rahmen der Zukunftsvorstellungen und der Ausarbeitung von *Maßnahmen und Strategien zur Problemlösung* wird dann die Auswertungsphase der Reihe eingeleitet. Sie schafft eine Überleitungsmöglichkeit und vermehrten Raum für die Umsetzung der Handlungskompetenz und die mit den Schülern in diesem Kontext auf der Metakognitivenebene z.B. im Plenum zu konkretisierenden, reflexiven Fragen wie z.B.: Was hat sich durch die zurückliegende Einheit geändert? Habe ich auf manche Dinge nun eine „andere“ Sicht? Verhalte ich mich nun zukünftig „anders“ und wenn ja, inwiefern und warum? ◆

## Anmerkungen

1 Colin Crouch: Postdemokratie. Frankfurt 2009.
2 Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S.: Politische Führung in der „Postdemokratie“; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 2-3/2010 vom 11. Januar 2010, S. 9-15.
3 Ebda., S. 10
4 Vgl. den Beitrag von Birte Meier: Parteiprogramme unverständlich; in: Frontal 21. Sendung vom 22.09.2009; Zugriffsmöglichkeit über die ZDF-Mediathek unter: http://frontal21.zdf.de.
5 Claus Offe: Wie der Markt die Politik vergiftet. Erschienen in der FAZ vom 22.09.2008, Nr. 22; S. 37.
6 Ebda.
7 Ritzi/Schaal, S. 13.
8 So beispielsweise Benjamin Barber: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg 1994.
9 Ebda. Zit. n.: Wochenschau Sek. II, Heft 5 / Politische Theorien (2007), S. 209.
10 Es geht hier selbstredend nicht darum, alle Formen sozialen Engagements mit politischer Partizipation gleichsetzen zu wollen. Vgl. dazu grundlegend: Benedikt Widmaier: Soziales Lernen und Politische Bildung. Oder: Wie entsteht politische Partizipation? In: kursiv. Journal für politische Bildung Heft 1 / 2009, S. 54-60.
11 Wilhelm Heitmeyer: Autoritärer Kapitalismus. Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In: Dietmar Loch / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt/M. 2001, S. 497-532.
12 Jens Jessen: Fegefeuer des Marktes; abgedruckt in: Jens Jessen (Hrsg.): Fegefeuer des Marktes. Die Zukunft des Kapitalismus. Bonn 2006; S. 105-120.
13 Strippenzieher und Hinterzimmer – Meinungsmacher im Berliner Medienzirkus. Ein Film von Thomas Leif und Julia Salden, Schnitt: Holger Höbermann, Produktion: SWR, NDR, Erstsendung 6. März 2006 SWR.
14 Markus Gloe, Hans-Werner Kuhn, Alexander Linden, Tonio Oeftering: Das Image der Politik und der Politiker. Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung politischer Akteure (Themen und Materialien der BpB). Bonn 2010.
15 Frontal 21. Sendung vom 22.09.2009; Zugriffsmöglichkeit über die ZDF-Mediathek unter: http://frontal21.zdf.de.
16 Tissy Bruns: Das Ding heißt Demokratie; Tagesspiegel vom 09.02.2009; Zugriffsmöglichkeit unter: http://www.tagesspiegel.de/kultur/literatur/das-ding-heisst-demokratie/1440086.html (letzter Zugriff: 28.05.2010)
17 Vgl. Anm. 5.
18 Ein vierseitiger und auch für Schüler gut lesbarer Essay, in dem Crouch seine Thesen zusammenfasst, findet sich unter: http://www.frankfurter-hefte.de/upload/Archiv/2008/Heft_04/NGFH_April_08_Archiv_Crouch.pdf. Ein Spiegel-Interview mit Crouch, das sich ebenfalls gut für Unterrichtszwecke eignet: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-58656917.html (Letzter Zugriff: 28.05.2010)
19 Weinbrenner, Peter: Szenariotechnik; in: Kuhn, H.-W.; Massing, P.(Hrsg.): Lexikon der politischen Bildung. Band 3: Methoden und Arbeitstechniken. 3. Aufl., Schwalbach/Ts. 2002; hier S. 180-183.

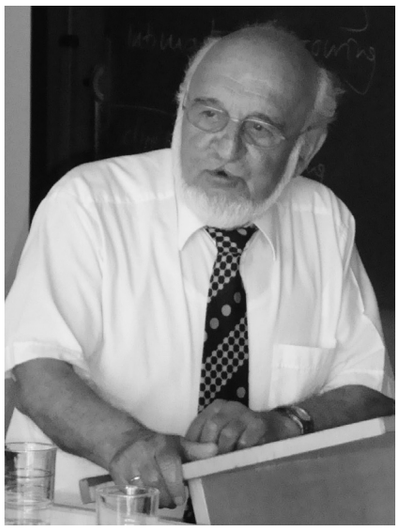
polis_2_10_025_026_neuesBild_Meueler.qxd 13.07.2010 08:49 Seite 25





# Bernhard Sutor zum 80. Geburtstag

## Auszug aus der Laudatio von Joachim Detjen



Sehr geehrter, lieber Herr Sutor! Heute vor genau zwei Monaten, nämlich am 11. April, vollendeten Sie Ihr 80. Lebensjahr. Unsere heutige Veranstaltung will Sie ehren und Ihnen für Ihr Lebenswerk Respekt bezeugen. Ihr Lebenswerk: Das ist nicht ausschließlich, aber doch sehr stark die politische Bildung. Sie gehören zum Kreis der profiliertesten und prominentesten Vertreter der Wissenschaft von der politischen Bildung. (…)

Erlauben Sie mir, dass ich Sie mit einigen biographischen Stationen Herrn Sutors bekannt mache. Bernhard Sutor wurde am 11. April 1930 in Waldböckelheim/Nahe im Landkreis Kreuznach, also in Rheinland-Pfalz, geboren. Er nahm nach der Reifeprüfung im Jahr 1950 an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz das Lehramtsstudium auf. 1951 wurde er in die Studienstiftung des Deutschen Volkes aufgenommen. Mit Ausnahme eines einsemestrigen Abstechers an die Universität Freiburg blieb Herr Sutor der Mainzer Universität treu. Das Studium beendete er 1955 mit dem Ersten Staatsexamen für das Höhere Lehramt mit den Fächern Latein und Geschichte sowie Philosophie und Theologie. Nach Abschluss des Zweiten Staatsexamens 1957 trat er als Studienassessor in den Höheren Schuldienst des Landes Rheinland-Pfalz ein.

Bereits 1960 wurde Herr Sutor Fachleiter für politische Bildung und Sozialkunde am Staatlichen Studienseminar in Mainz. Wie er erzählt, erhielt er als Studienassessor mit gerade 30 Jahren diese herausgehobene Stelle unter anderem deshalb, weil er auf einer Tagung der Politischen Akademie in Tutzing nachdrücklich Arnold Bergstraessers dort gehaltenes Plädoyer für ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung unterstützt hatte. Ein anwesender Ministerialbeamter des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums war davon so beeindruckt, dass er Herrn Sutor für die eben erwähnte Stelle vorschlug. (…) 1962 wurde Bernhard Sutor Studienrat, 1965 Oberstudienrat und 1967 Studiendirektor. Das nennt man Karriere!

Herr Sutor setzte während seiner Lehrertätigkeit seine wissenschaftlichen Studien an der Mainzer Universität in Gestalt eines Promotionsstudiums fort. Er konzentrierte sich dabei auf die Fächer Philosophie und Politikwissenschaft. 1965 wurde er zum Dr. phil. promoviert. Seine Dissertation hatte den Zusammenhang von Geschichtsphilosophie und Politik bei Karl Jaspers zum Thema. (…) Herr Sutor veröffentlichte 1966 die Schrift Politik und Philosophie. Er knüpfte in dieser Schrift an die Tradition der aristotelisch-thomistisch geprägten philosophia perennis an. Trotz des Alters dieser Tradition maß und misst er ihr am ehesten die Kraft zu, das philosophische Fundament auch der modernen Wissenschaft von der Politik zu bilden. (…)

Noch als Lehrer veröffentlichte Bernhard Sutor mehrere Bücher zur politischen Bildung. 1971 erschien die umfangreiche Didaktik des politischen Unterrichts, in der er erstmals seinen

Persönliches

polis_2_10_025_026_neuesBild_Meueler.qxd 13.07.2010 08:49 Seite 26



politikdidaktischen Ansatz entfaltete. Stichwortartig ist dieser Ansatz durch Begriffe wie personales Menschenbild, rationales politisches Urteilen und kritische Identifikation mit dem demokratischen Verfassungsstaat gekennzeichnet.

Einige Jahre später, nämlich 1976, publizierte Herr Sutor die Schrift Grundgesetz und politische Bildung. In dieser Publikation bemühte er sich um den Nachweis, dass die von ihm vertretene personale Anthropologie auch dem Grundgesetz zugrunde liegt und deshalb eine geeignete Basis für die politische Bildung darstellt.

1976 schließlich verfasste er zusammen mit den Professoren Dieter Grosser, Manfred Hättich und Heinrich Oberreuter die in der Bildungspolitik stark beachtete Schrift Politische Bildung. Grundlegung und Zielprojektionen für den Unterricht an Schulen. Diese Schrift verstand sich als Gegenentwurf zu den emanzipatorisch inspirierten Politikdidaktiken wie zu den Politiklehrplänen einiger SPD-regierter Bundesländer. (…)

Im Jahre 1978 beendete Herr Sutor seine Tätigkeit als Lehrer. In diesem Jahr wurde er auf den Lehrstuhl für Didaktik der Sozialkunde an unserer Universität berufen. Seine Antrittsvorlesung trug den Titel: Die Kardinaltugenden – Erziehungsziele politischer Bildung? Er ging dort der Frage nach, ob die klassischen Tugenden Tapferkeit, Mäßigung, Klugheit und Gerechtigkeit sinnvoll in Aufgaben moderner politischer Bildung transformiert werden können. Er beantwortete die Frage – wen wundert's? – positiv.

Bernhard Sutor sah und sieht sich häufig missverstanden und falsch interpretiert. So fand er mehrfach seine Position als ontologisch-normativ etikettiert. Er nahm dies 1984 zum Anlass, sein wissenschaftliches Selbstverständnis, das er als praktisch-normativ bezeichnet, in einem zweibändigen Werk mit dem Titel Neue Grundlegung politischer Bildung ausführlich darzulegen. 2005 folgte eine über 400 Seiten starke Sammlung wichtiger Aufsätze unter dem bezeichnenden Titel Politische Bildung und Praktische Philosophie. In beiden Werken bestätigte er seine Prägung durch die philosophia perennis. Gleichwohl ist er kein Wissenschaftler, der den eigenen philosophischen Ansatz verabsolutiert. Er ist offen für Anregungen von anderen Philosophen und Philosophien, seien dies nun Kant, der Pragmatismus oder Jürgen Habermas.

Bernhard Sutor äußert sich nicht nur zur politischen Bildung. Die politische Ethik ist ein Gegenstandsbereich, für den er sich seit Jahrzehnten interessiert. So publizierte er 1991 eine gewichtige Monographie zum Themenfeld Ethik. Der Titel Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre legt Zeugnis davon ab, dass er sich dem Selbstverständnis dieser katholischen Universität besonders verbunden fühlt. Sechs Jahre später, 1997, veröffentlichte er die nicht allzu umfangreiche, aber sehr gehaltvolle Kleine politische Ethik. Die jüngste Monographie mit ethischem Einschlag ist die 2004 erschienene Studie mit dem Titel Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden? Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses.

Neben all den genannten Werken schrieb Herr Sutor auch noch Lehr- und Arbeitsbücher zur politischen Bildung sowie Schulbücher zum Politikunterricht. Am bekanntesten ist das über 500 Seiten starke Werk Politik. Ein Studienbuch zur politischen Bildung. Es erschien erstmals 1994 und 2001 in einer grundlegenden Überarbeitung.

Nach seiner Emeritierung setzte Herr Sutor sich nicht einfach zur Ruhe. Vielmehr nahm seine Publikationstätigkeit jetzt erst richtig Fahrt auf. Seit der Emeritierung veröffentlichte er über 53 Aufsätze und kleinere Beiträge. Insgesamt kommt er auf deutlich über 180 Aufsätze sowie auf 21 selbstständig erschienene Veröffentlichungen. (…) Erst vor einigen Wochen gab Herr Sutor sein jüngstes Buchmanuskript in meinem Sekretariat zwecks Formatierung ab. Es trägt den viel versprechenden Titel Politisch Lied – garstig Lied und setzt sich mit den Vorurteilen auseinander, die der Politik begegnen. Ich freue mich schon auf die Lektüre. Alles in allem kann man mit Fug und Recht sagen: Bernhard Sutors Bilanz sucht in der Wissenschaft von der politischen Bildung ihresgleichen.

Bernhard Sutor ist aber nicht nur Akademiker. Er ist auch ein Citoyen, ein Staatsbürger im besten Sinne des Wortes. So war er langjährig tätig als Vorsitzender der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Ebenso wirkte er für viele Jahre als Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern. Er gründete eine eigene Stiftung, die Stipendien für Studierende aus Polen und Tschechien vergibt. Er leitete von 2005 bis 2008 das hiesige „Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft". Für seine vielen Verdienste erhielt Herr Sutor 1997 das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. (…)

Sehr geehrter, lieber Herr Sutor! Von 1978 bis 1995 waren Sie Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der politischen Bildung und Christliche Soziallehre an unserer Universität. Die Universität kann stolz sein, dass es ihr damals gelang, Sie für eine Professur zu gewinnen. Und ich kann mich glücklich schätzen, Nachfolger auf Ihrem Lehrstuhl zu sein.

Für das kommende Lebensjahrzehnt und darüber hinaus wünsche ich Ihnen geistige Frische, Gesundheit, vor allem aber Gottes Segen.

*Joachim Detjen*

persönliches

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 27



## Bayern

### „Politische Bildung und demokratischer Staat"

Interdisziplinäre Tagung anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres von Prof. Dr. Bernhard Sutor am 11. Juni 2010 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Dass es sich bei dem Geehrten um einen besonders anerkannten Wissenschaftler und Eichstätter Universitätslehrer handelt, war bereits an der hochkarätigen Besetzung der Tagung zu erkennen. So ließen es sich anerkannte und prominente Kollegen und Weggefährten nicht nehmen, Bernhard Sutor ihre akademische Aufwartung zu machen, einem „prägenden und herausragenden Mitglied der Universität, die ihm sehr Vieles zu verdanken hat", wie Vizepräsidentin *Prof. Dr. Gabriele Kien* den Jubilar in ihrem Grußwort würdigte.

Als sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft/ Politische Bildung zeichnete *Prof. Dr. Joachim Detjen* in seiner Laudatio den beruflichen und wissenschaftlichen Werdegang Sutors nach und charakterisierte ihn als „einen der profiliertesten und prominentesten Vertreter der Wissenschaft von der Politischen Bildung".

Unter der Tagungsüberschrift „Politische Bildung und demokratischer Staat" sprachen namhafte Wissenschaftler aus Deutschland und Russland. Der Dekan der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, *Prof. Dr. Leonid Luks* gab Anmerkungen zum Scheitern der ersten und zweiten russischen Demokratie und beleuchtete die Vorgänge und Hintergründe der Revolution von 1917 sowie die schwierigen Versuche der Demokratisierung der Sowjetunion und Russlands in den 1990er Jahren. In beiden Epochen hatten nach Luks die demokratischen Kräfte ihr politisches Potenzial nicht ausgenutzt, um die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig demokratisch zu beeinflussen, so der Tenor seiner These.

Daran anknüpfend konnte *Dr. Walerij Salazkin* aus Obninsk/ Russland kein erfreuliches Bild einer demokratischen Entwicklung seiner Heimat in der Gegenwart zeichnen. Analog zur politisch-gesellschaftlichen Praxis Russlands, die praktisch keine demokratische Willensbildung und Artikulation kenne, könne man auch die Politische Bildung nicht als demokratisch orientiert bezeichnen. Das existierende Unterrichtsfach Gesellschaftskunde sei für eine demokratische politische Bildung untauglich, da es keine demokratischen Lehrinhalte vermittle; zudem fehle es an geeigneten Schul- und Lehrbüchern und die Lehrkräfte seien völlig unzureichend demokratisch gebildet. Um die Chance einer Demokratisierung des politisch-gesellschaftlichen System Russlands wahren zu können, sei aber eine demokratische Bürgerbildung dringend notwendig. Dazu bedarf es nach Salazkin einer „breiten solidarischen Zusammenarbeit von deutschen und russischen Politikwissenschaftlern, Politikdidaktikern sowie Lehrern der Politischen Bildung", für die der russische Gast nachdrücklich warb.

Der Bonner Verfassungsrechtler *Prof. Dr. Josef Isensee* explizierte in seinem Vortrag über die Zivilreligion der Demokratie die These, dass sich das Religiöse auch im demokratischen Staat nicht gänzlich zurückdrängen lasse, sondern vielmehr als Zivilreligion zurückkehre. Dies beleuchtete er anhand des säkularisierten französischen Staatsverständnisses nach Rousseau, des US-amerikanischen Bekenntnisses zu einer christlich geprägten Demokratie sowie des deutschen Verfassungspatriotismus und gesellschaftspsychologischer Symptome im Umgang mit der NS-Zeit.

Zum Verhältnis pluralistischer Demokratietheorie und Politischer Bildung sprach *Prof. Dr. Peter Massing*. Dabei stellte der Berliner Politikdidaktiker den Einfluss Ernst Fraenkels auf die Politische Bildung heraus. Der Pluralismus sei ein Grundpfeiler der Demokratie und bedürfe der Stabilisierung. Indem der mündige Bürger als Zielkategorie Politischer Bildung eine Voraussetzung für die pluralistische Demokratie sei, stellt sich Massing zufolge eine politische Anthropologie als Kernstück Politischer Bildung sowie die politische Charakterbildung als Herzstück politischer Erziehung dar.

Der Direktor der Politischen Akademie Tutzing, *Prof. Dr. Heinrich Oberreuter*, beklagte in seinem Referat zur Politischen Bildung im demokratischen Staat deren institutionelle Rahmenbedingungen, die in der Schule völlig unzureichend seien. Zudem trügen die mediale Berichterstattung im Fernsehen kaum mehr zu argumentativ-rationaler Politikvermittlung bei. Für den Passauer Politikwissenschaftler sind indes auch die mangelnde Erklärungsfähigkeit der Politiker selbst und ein dem politischen Entscheidungsprozess implantierter Lobbyismus Gründe für die zunehmende Intransparenz der Politik und deren Entfremdung vom Bürger. Deshalb, so Oberreuter, müsse die Politische Bildung ihr normatives Fundament im Grundgesetz wieder verstärkt betonen sowie in der philosophischen Ausrichtung an den Kardinaltugenden (Klugheit, Maß, Tapferkeit, Gerechtigkeit). Dieses normative Postulat finde in der Konzeption Sutors ihre besondere Akzentuierung.

*Prof. Dr. Bernhard Sutor* selbst plädierte in seinem Dankeswort nachdrücklich für eine sinnvolle Verbindung der Philosophie mit der Politik und der Bildungstheorie, die es für die Politikdidaktik fruchtbar zu machen gelte.

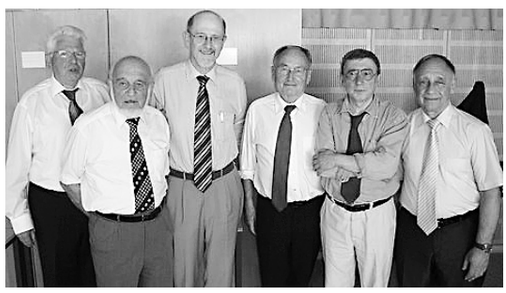
*Walter Eisenhart*

### „Reifezeiten – Bildung, Politik Zeit": Fachtagung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

An der Otto-Friedrich-Universität Bamberg fand am 13./14.04.2010 eine Tagung für Praktiker und Theoretiker der politischen Bildung statt. Unter dem Motto „Reifezeiten" mit dem Untertitel „Bildung, Politik und Zeit" wurden Zusammenhänge zwischen Prozessen der Formung der Persönlichkeit von Individuen und der Formung des politischen Willens von Gesellschaften diskutiert. Hintergrund ist die Beobachtung des zunehmenden Zeitdrucks in Schulen und Parlamenten, beides Orte, an denen Weichen für die Zukunft gestellt werden. Folgende Fragen wurden aus erziehungswissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher und fachdidaktischer Perspektive gestellt: Ist die Klage über Zeitdruck in Bildung und Politik überhaupt berechtigt? Wo kommt der Druck in beiden Bereichen her? Wo führt er hin? Verstärkt er die Oberflächlichkeit und Kurzsichtigkeit der Ergebnisse der jeweiligen Formungsprozesse? Und welche Maßstäbe gibt es eigentlich für einen angemessenen Umgang mit Zeit – damit Mündigkeit und Menschenwürde, Verantwortungsbereitschaft und Gemeinwohl, Zukunftskompetenz und Nachhaltigkeit reifen können? Referenten waren u. a. Manfred Garhammer (Nürnberg), Ursula Drews (Potsdam), Horst Rumpf (Frankfurt am Main), Detlef Sembill (Bamberg), Ulrich Mückenberger (Hamburg), Reinhard Zintl (Bamberg), Fritz Reheis (Bamberg), Frank Schiefer (Würzburg), Wolfgang Beutel (Jena), Andreas Brunold (Augsburg) und Ludwig Heuwinkel (Bielefeld). Ein Tagungsband, der zusätzlich Beiträge von Dirk Lange (Hannover) und Karlheinz Geißler (München) enthalten wird, erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2011 im Wochenschau-Verlag.

Weitere Informationen siehe: www.uni-bamberg.de/sowi/fachgebiete/weitere_faecher/didaktik_der_sozialkunde/

*PD Dr. Fritz Reheis*



Referenten der Sutor-Tagung: v.l.n.r.: Heinrich Oberreuter, Bernhard Sutor, Joachim Detjen, Josef Isensee, Leonid Luks, Walerij Salazkin, (nicht im Bild: Peter Massing)

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 28



## Nordrhein-Westfalen

### „Jugendwettbewerb NRW. Demokratie leben. Unsere Werte – unsere Rechte."

Kooperationsprojekt der dvpb-nw e.v. mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW, Landesjugendring NRW e.V., SCHULE ohne RASSISMUS – SCHULE mit COURAGE sowie die WAZ Mediengruppe

4.000 Jugendliche beschäftigten sich im Rahmen ihrer 200 eingereichten Projekte mit Grundlagen unserer Demokratie. Damit verzeichnet der „Jugendwettbewerb NRW. demokratie leben." in seinem 3. Durchlauf eine Rekordbeteiligung. Die Zahl der Beiträge hat sich gegenüber dem letzten Wettbewerb im Schuljahr 2007/2008 nahezu verdoppelt. Die Zahl der Teilnehmenden hat sich sogar verdreifacht. In ihren Beiträgen setzten sich die Kinder und Jugendlichen kreativ mit den Grundlagen der Demokratie auseinander. Zum ersten Mal richtete sich der Wettbewerb auch an Kinder im Grundschulalter aufgrund der besonderen Initiative der dvpb-nw e.v. Die weiteren der insgesamt sechs Kategorien waren Jugendgruppen, Sekundarstufe I und II der allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen und Berufskolleg.

„Die Beteiligung ist überwältigend", freut sich Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Die große Zahl der eingereichten Beiträge stehe für das große Interesse am Thema „Werte".

Aber nicht nur die Quantität, auch die Qualität der Arbeiten war sehr beeindruckend. Einfallsreich, kreativ in der Umsetzung, aber auch nachdenklich sind die Teilnehmenden des Wettbewerbs an die Aufgabe herangegangen. „Wir wollten Kinder und Jugendliche zu den Grundlagen unserer Demokratie zu Wort kommen lassen. Und es hat sich bestätigt: Sie haben uns einiges dazu zu sagen", so Springenberg-Eich weiter. Ganz besonders freue sie sich über die große Beteiligung der Grundschulen, die zum ersten Mal dabei waren und auf Anhieb ein Fünftel der Beiträge einreichten, betont Springenberg-Eich.

v.l.n.r.: Dr. Harald Bergsdorf, LzPB-NRW, Dr. Gierden-Jülicher, Staatssekretärin u. Vorsitzende der Hauptjury, Ralph Horstkötter, dvpb-nw e.v., Sprecher der Vorjurygruppe. *Foto: Bieber*

Dabei wählten die jungen Kreativen sehr unterschiedliche Formen für ihre Beiträge: Es entstanden Musikvideos und Film-Produktionen, Drehbücher und Comics, Performances und Theaterprojekte auf DVD, Reportagen, Brettspiele, Collagen, Plakatserien und Kunstobjekte. Die Beiträge beschäftigen sich kritisch mit der Wirklichkeit von Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit, Toleranz und Menschenrechten in der Demokratie. Die Projektarbeiten, die aus ganz Nordrhein-Westfalen eingereicht wurden, wurden am 29. April 2010 durch die Hauptjury, in der u.a. die Kooperationspartner vertreten waren wie auch Heinz Hilgers, Präsident, Deutscher Kinderschutzbund e.V., Tayfun Keltek, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA NRW), bewertet. Die Verleihung der Preise – bis zu 6.000 Euro pro Kategorie – erfolgt am 27. Juni 2010 in Düsseldorf.

Anmerkungen: Schade ist nur, dass die in den bisherigen Wettbewerben eingereichten Sek II-Beiträge sehr zurückgegangen sind. Wünschenswert wäre es außerdem, die Beiträge als Ideenbörse den politischen BilderInnen in NRW zugänglich zu machen.

*Helmut A. Bieber*
*Geschäftsführer der dvpb-nw e.v.,*
*Mitglied der Hauptjury*

## Schleswig-Holstein

Am 9. September findet im Bildungszentrum Tannenfelde der Landesfachtag Wirtschaft/Politik statt. Thema: „Europa in der Globalität. Wohin entwickelt sich der europäische Wirtschafts- und Bildungsraum?" Veranstalter ist das IQSH; von dort werden auch die Einladungen an die Schulen gehen. Die DVPB wird sich mit einem workshop inhaltlich beteiligen.

Für November planen wir (zusammen mit Schulgeografen und Historikern) eine Fachtagung zum Thema „Global Change in Lateinamerika". Näheres dazu im nächsten Heft von POLIS.

*Klaus-Peter Kruber*

## Mecklenburg-Vorpommern

### LV Mecklenburg-Vorpommern plant Mitgliederversammlung und Fortbildung

Nun endlich stehen Termin und Ort der Fortbildungsveranstaltung der DVPB Mecklenburg-Vorpommern. Am 03. und 4. September wird in der Europäischen Akademie in Waren/Müritz die Fortbildung für Lehrer/innen sowie Multiplikator/innen der politischen Bildung unter dem Titel „Wozu politische Bildung" stattfinden. Im Rahmen dieser Veranstaltung ist auch die diesjährige Mitgliederversammlung des Verbandes mit der turnusgemäß anstehenden Vorstandswahl vorgesehen. Sie wird am Samstagabend ab 20 Uhr stattfinden, eine gesonderte Einladung an alle Mitglieder erfolgt selbstverständlich noch rechtzeitig.

Im Mittepunkt der Tagung wird die Frage der Urteilsbildung stehen. Für den zentralen Vortrag am Freitag- Nachmittag konnten wir Prof. Dr. Massing aus Berlin gewinnen. Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung werden Lehrer/innen sowie außerschulische politische BildnerInnen eigene Konzepte vorstellen, in denen die Urteilsbildung eine zentrale Rolle einnimmt. Für den Samstagvormittag ist ein Vortrag von Dr. Heyl von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück geplant. Ausklingen soll die Veranstaltung am Samstagnachmittag mit einer Diskussionsrunde mit Politikern aus Mecklenburg-Vorpommern zu einem aktuellen Thema.

An dieser Stelle sei bereits auf den „Jahreskongress Politische Bildung 2010" hingewiesen, der wieder in Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit der DVPB am 30.10.2010 in Pasewalk stattfinden wird. Thema ist in diesem Jahr das Nachbarland Mecklenburg-Vorpommerns: Polen.

Nähere Informationen und Hinweise erhalten Sie gerne direkt vom Landesverband der DVPB. Sie erreichen uns per mail: Gud.Heinrich@web.de

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 29



## Hessen

### Deutsch – polnisches Seminar

Politik in der deutsch-polnischen Grenzregion – Projekte und Probleme am Beispiel des Unteren Odertals

**Bielin, 29.09.2010 – 3.10.2010**

**Programm des Seminars:**

*Mittwoch, 29.09.2010*
bis 18.00 Uhr: Anreise 20.00 Uhr: Begrüßung, Vorstellung der Teilnehmer und des Programms

*Donnerstag, 30.09.2010*
9.00 – 9.45 Uhr: Einführungsreferat „**Stand der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang der Oder“**
*Przemyslaw Konopka* (Journalist, Dolmetscher – Chojna)
9.45 – 10.30 Uhr: Gespräch

10.30 – 12.00 Uhr: **„Was ist uns gelungen, was funktioniert nicht?“** – ein Streitgespräch der Journalisten aus Deutschland und Polen (*Dietrich Schröder* – „Märkische Oderzeitung“ und *Bogdan Twardochleb* – „Kurier Szczecinski“)
12.00 – 13.00 Uhr: Diskussion

14.30 – 18.30 Uhr: **Zusammenarbeit im Bereich Ökologie und Tourismus**: das Projekt „Tal der Liebe“ in Zaton Dolna (Polen) und „Hugenottenpark“ in Schwedt/Oder. Besuch beider Orte, Führung durch die Objekte und Gespräch mit den Projektleitern.
20.00 – 21.30 Uhr: Gespräch der Teilnehmer über bisherige Erfahrungen

*Freitag, 1.10.2010*
9.00 – 12.00 Uhr: Fahrt nach Chojna und Schwedt/Oder: **„Grenzüberschreitende deutsch-polnische Schulprojekte“**. Beispiel: „Talsandschule Schwedt/Oder und Allg. Bildendes Lyzeum in Gryfino; Sonderpädagogische Schule „Am Schloßpark“ (Schwedt/Oder) und Sonderpädagogisches Zentrum in Chojna. Vorstellung der Projekte, Gespräch mit den Schulleitern und Lehrern in den Schulen. Information über die Schulprojekte: Magdalena Zietkiewicz, Lehrerin in der Talsandschule.
14.00 – 16.00 Uhr: **Stettin – die Rolle einer Metropole bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.** Gespräch mit dem Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Stettin, *Bartłomiej Sochański* und mit dem Historiker *Prof. Jan M. Piskorski* (Universität Stettin.
16.30 – 18.30 Uhr: Stadtrundgang
18.30 – 19.30 Uhr: Rückfahrt nach Bielin
20.30 – 22.00Uhr: Diskussion der Seminarteilnehmer, Auswertung der bisherigen Programmpunkte

*Samstag, 2.10.2010*
9.00 – 10.30 Uhr: **Zusammenarbeit der Kommunen.** Vorstellung der Projekte zwischen den Städten und Kommunen im Rahmen des Programms INTERREG IVA, Gespräch mit den Bürgermeistern von Joachimsthal, Schwedt/Oder, Chojna und Moryń. Beispiele: „Geopark an der Oder“ (Joachimsthal und Moryń), geplantes Deutsch-Polnisches Zentrum in Krajnik Górny (Chojna und Lazarus-Werk).
11.00 – 12.30 Uhr: Gespräch mit den Bürgermeistern

14.00 – 16.00 Uhr:**„Deutsch-polnisches Grenzland – Terra Incognita?“** – Treffen mit den Vertretern der Gesellschaft „Terra Incognita“ aus Chojna. Debatte über die Geschichte und die Zukunft der Region Unteres Odertal. Gast: *Dr. Pawel Migdalski*, Vorsitzender der Gesellschaft „Terra Incognita“.

16.30 – 18.00 Uhr: **Vortrag Gespräch und Gespräch**: *Dr. Marek Prawda*, Botschafter der Republik Polen in Deutschland (Berlin)

*Sonntag, 3.10.2010*
8.00 Uhr: Fahrt nach Frankfurt/Oder
9.30 – 11.30 Uhr: **„Grenze? Welche Grenze?“. Slubfurt – das Projekt einer grenzüberschreitenden Metropole.** Gespräch mit dem Künstler und „Erfinder“ von Slubfurt, *Michael Kurzwelly*. Stadtrundgang in Frankfurt/Oder und Słubice.

12.30 Uhr: Ende des Seminars

*Stand: 15.2.2010*
*Dr. Kraschewski*

## Rheinland-Pfalz

Mainz, den 17. Juni 2010

### Geplante Reform der gymnasialen Oberstufe in Rheinland-Pfalz durch das Ministerium für Bildung, Weiterbildung, Jugend und Kultur zum Schuljahr 2011/12

Stellungnahme der DVPB, Landesverband Rheinland-Pfalz

Die geplanten Änderungen der gymnasialen Oberstufe im Fach Sozialkunde sieht der Landesverband kritisch. Durch eine Mischfachkonstellation **„GK Sozialkunde/Erdkunde“** in den Grundkursen Gemeinschaftskunde (ab 12/1 bis Jgst. 13), kombiniert mit der flexibleren Regelung der Einrichtung der Kurse „nach personeller Ausstattung“ der Schulen, droht aus Sicht des Landesverbands zukünftig eine Situation, in der Sozialkundeunterricht in hohem Maße von fachfremden Kolleginnen und Kollegen unterrichtet werden müsste. Aus dem Ermessensspielraum der Schulleitungen heraus sänke zudem das Bedürfnis, vollausgebildete Fachkollegen und -kollegen mit der Lehrbefähigung Sozialkunde anzufordern.

Der Vorstand des Landesverbands RLP ist der Meinung, dass die wichtige Aufgabe der Politischen Bildung in der Schule in erster Linie durch Sozialkundelehrerinnen und Sozialkundelehrer getragen werden muss. Der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft häufig beklagten unzureichenden politisch-ökonomischen Bildung vieler Abiturientinnen und Abiturienten kann nur durch einen zeitgemäßen, problem- wie auch handlungsorientierten Sozialkundeunterrichtbegegnet werden, der von fachlich qualifizierten Sozialkundelehrerinnen und -lehrern gestaltet wird. Solide politisch-ökonomische Bildung in der Sekundarstufe II darf sich nicht auf die verhältnismäßig kleine Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Leistungskursen im Fach Sozialkunde beschränken. Wird die Übernahme von Politikunterricht in der Sekundarstufe II durch fachfremde Kolleginnen und Kollegen zur Regel, verschließt man – aus Sicht des Landesverbands – dem qualifizierten Lehrernachwuchs im Fach Sozialkunde an den Universitäten und Studienseminaren die berufliche Perspektive als Unterrichtende an den Schulen.

Der DVPB Landesverband Rheinland-Pfalz fordert seit Jahren eine Ausweitung des Politikunterrichts. Vergleicht man die Stundentafeln der gemeinschaftskundlichen Fächer, so fällt ein Ungleichgewicht deutlich ins Auge. Das Fach Sozialkunde ist beispielsweise in der Stundentafel für Gymnasien der Sekundarstufe I nur mit 3 (!) Stunden vertreten: 2-stündig in Klasse 9 und 1-stündig in Klasse 10. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu den Stundentafeln für Erdkunde und Geschichte, die von Klasse 5-10 mit 9 Stunden (Erdkunde) bzw. 7 Stunden (Geschichte) vertreten sind. Durch strukturellen Unterrichtsaufall und die grundsätzlich höheren Ausfallrisiken bei 1-stündigen Fächern befürchtet der Landesverband – sollte die Reform unverändert realisiert werden – zunehmend Schülerbiografien, in denen Schülerinnen und Schüler in ihrer gesamten Schulzeit fast keinen vollwertigen durchgängigen Politikunterricht erhielten.

Der DVPB-Landesvorstand RLP appelliert an die Verantwortlichen, organisatorischen Argumenten – beispielsweise von Seiten der Schulleitungen – nicht den Vorrang zu geben vor einer soliden politisch-ökonomischen Bildung in der Sekundarstufe II. Sozialkunde als Zentrierfach für politisch-ökonomische Bildungsinhalte darf durch die Reform nicht noch weiter beschnitten werden. In diesem Sinne plädiert der DVPB-Landesvorstand RLP auch für eine Beibehaltung der gemeinschaftskundlichen Fächer im Abiturprüfungsprofil.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz hat sich bereits an Frau Ministerin Ahnen gewandt und hofft auf eine positive Entwicklung in dieser Sache.

*Bettina Anslinger-Weiss*
*DVPB, Landesverband Rheinland-Pfalz, Vorsitzende des Vorstands*

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 30



***Fortsetzung Rheinland-Pfalz***

### Vorankündigung der „11. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz"

Die „11. Tage der Politischen Bildung Rheinland-Pfalz", die sich mittlerweile als wichtige Fortbildungsveranstaltung für Sozialkundelehrerinnen und -lehrer in Rheinland-Pfalz einen Namen gemacht hat, finden in diesem Jahr am 4. und 5. Oktober 2010 am EFWI in Landau/ Pfalz statt.

In Kooperation mit dem Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI), dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau (Campus Landau) und der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, organisiert der Landesverband RLP der DVPB eine Tagung zum Themenfeld „Werte und Wertevermittlung in der Politischen Bildung".

Im Blickpunkt der Tagung werden politisch brisante Wertekonflikte stehen, die sich gerade in den letzten Jahren im Spannungsfeld von Religionsfreiheit und weltanschaulicher Neutralität des Staates entzündet haben und immer wieder präsent sind. Verschiedene Fachreferenten werden das Thema aus philosophischer, soziologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive beleuchten. Neben Fachvorträgen mit anschließender Diskussion sind verschiedene Workshops mit unterrichtspraktischen Themenstellungen sowie eine Podiumsdiskussion mit Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zum Handlungsfeld „Migration und Integration" geplant. Im Rahmen einer didaktisch-methodischen Werkstatt wird zudem ein innovatives Medienprojekt eines Sozialkunde Leistungskurses präsentiert, welches in Kooperation mit dem Offenen Kanal Speyer realisiert wurde.

*Bettina Anslinger-Weiss*
*DVPB, LV RLP*
*Vorsitzende des Vorstands*

## Thüringen

### Neuer Landesvorstand der DVPB-Thüringen gewählt

Im Anschluss an die Jenaer Gespräche zur Politischen Bildung fand am 20.4.2010 eine Mitgliederversammlung unseres Landesverbandes statt, an der gut 1/4 der Mitglieder der DVPB-Thüringen teilnahmen.

Die Versammlung begann mit einem Tätigkeitsbericht des Landesvorsitzenden Anselm Cypionka über den Zeitraum November 2007 bis April 2010. Er stellte Aktivitäten sowie die Entwicklung des Verbandes kurz dar.

Zu den regelmäßigen Aktivitäten zählen die Jenaer Gespräche: Zweimal jährlich werden hier interessante Gesprächspartner aus Politikdidaktik, Politik oder Gesellschaft in Kooperation mit der Landeszentrale Thüringen, dem Thillm (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien) und der Professur für Politikdidaktik, gefunden.

Ebenfalls regelmäßig wurden Stammtische zumeist mit den Kooperationspartnern veranstaltet. Die Verlegung dieser Gespräche von Erfurt nach Jena hat sich bewährt, da ein Großteil der Besucher der Stammtische Studenten sind.

Als Gäste hatten wir z. B. den Kultusminister Bernward Müller, der auch Mitglied unseres Verbandes wurde. Auch der MDR Landesfunkhausdirektor Werner Dieste war unser Gast sowie Franz-Josef Schlichting , der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen mit der Referatsleiterin Fr. Dittmar sowie Herr Volker Emde (MdL CDU), Mitglied im Bildungsausschuss des Thüringer Landtages. Ein Gesprächsforum wurde im Dezember 2009 mit der der Geschäftsführerin des Zentrums für Lehrerbildung und Didaktikforschung der FSU Jena, Dr. Karin Kleinespel, in Kooperation mit der Professur für Politikdidaktik der FSU und dem Thillm (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien) veranstaltet. Hier diskutierten Beteiligte des Praxissemesters Perspektiven dieser Reform der Lehrerausbildung in Thüringen.

Die Besucherzahl bei den Stammtischgesprächen, die eine gute Gelegenheit darstellen, miteinander oder mit bildungspolitischen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen, konnte so erhöht werden. Als Gäste hatten wir z. B. den Staatssekretär Kjell Eberhardt, den damaligen Oppositionsführer im Thüringer Landtag, Christoph Matschie, die Bildungspolitikerin der PDS im Thüringer Landtag, Frau Reimann oder die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Landessprecherin von „Bündnis 90/Die Grünen" Thüringen, Katrin Göring-Eckardt sowie den Direktor des Thillm, Dr. Bernd-Uwe Althaus.

Darüber hinaus haben wir verschiedene Weiterbildungen auch in Kooperation mit der Professur für Politikdidaktik und dem Thillm (Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien) unter dem Thema „Wie Sozialkunde in der Oberstufe unterrichten" angeboten, um Kolleginnen und Kollegen bei der Einführung des Faches Sozialkunde als Fach mit erhöhtem Anforderungsniveau zu unterstützen.

Damit konnte der Stand des Faches Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe ausgebaut werden: Gab es vor der Einführung 7 Leistungskurse in Sozialkunde an Thüringer Gymnasium, so gibt es 2010 23 Kurse mit erhöhtem Anforderungsniveau.

Dem neuen erweiterten Vorstand gehören wieder zwölf Vertreter aus einem breiten Spektrum von Bereichen der politischen Bildung in Thüringen an:

Die Studenten Tilman Stephan und Enrico Hinz, die Doktoranden und Lehrbeauftragten am Institut für Politikwissenschaft der Friederich-Schiller-Univerität Mark Partetzke, Christian Schmieder und Dennis Hauk sowie der Professurinhaber Professor Dr. Carl Deichmann. Als in der Schulpraxis stehende gehören wieder die Fachberaterin Monika Detzner, der wissenschaftliche Mitarbeiter Christian Tischner, der Lehrbeauftragte und Doktorand Toralf Schenk sowie der Fachleiter Anselm Cypionka, die beiden letztgenannten als Vorsitzende, dem Vorstand an. Ebenso wurden die Fachreferentin für Sozialkunde Dr. Sigrid Biskupek als Schatzmeisterin sowie der Fachreferent i.R. Dr. Hans-Peter Ehrentraut-Daut als Vorstände wiedergewählt.

Als Kassenprüfer wurden die Lehrer Matthias Werner und Thomas Thieme gewählt.

Durch diese breite Palette von Experten aus unterschiedlichen Bereichen der (schulischen) politischen Bildung ist gewährleistet, dass unterschiedliche Interessen und vielfältige Impulse in die Vorstandsarbeit einfließen können und die in Thüringen angestrebte stärkere Verknüpfung aller drei Lehrerbildungsphasen ausgebaut werden kann.

*Anselm Cypionka,*
*Landesvorsitzender*
*DVPB-Thüringen*

### „Was ist und wie entsteht Bürgerbewusstsein"

Ein Bericht zum Vortrag von Prof. Dr. Dirk Lange bei den „Jenaer Gesprächen zur politischen Bildung"

Bei den „Jenaer Gesprächen zur Politischen Bildung" war am 23.04.2010 Prof. Dr. Dirk Lange von der Leibniz Universität Hannover zu Gast. Nach einigen einleitenden Worten von Prof. Dr. Carl Deichmann referierte der prominente Gastredner zum Thema „Was ist und wie entsteht Bürgerbewusstsein?".

Zunächst wurde der relativ junge Begriff des „Bürgerbewusstseins" erläutert, indem Prof. Lange auf den älteren und bereits fest in der Politikdidaktik verankerten Terminus des „Politischen Bewusstseins" rekurrierte. Das „Bürgerbewusstsein" passe jedoch besser zum Schulfach und der akademischen Profession, da es im Gegensatz zum „Politischen Bewusstsein" dem differenzierten Charakter des Faches eher entspräche. Der gebräuchliche Begriff des „Politischen Bewusstseins" sei hingegen zu stark nur auf den Gegenstand der Politik bzw. die Politikwissenschaft bezogen. Das Bürgerbewusstsein zeichne sich dem gegenüber dadurch aus, dass unter diesem Terminus das Insgesamt der mentalen Vorstellungen über Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu subsumieren sei. Jene mentalen Modelle seien es schließlich, die individuelle Orientierungs- und Handlungssicherheit böten. Eine Grundlegung des Bürgerbewusstseins als zentraler Kategorie der politischen Bildung hätte zudem den Vorteil, eine Kompetenz- statt einer Defizitorientierung zu gewährleisten.

Ein derart definiertes Bürgerbewusstsein, so die Hauptthese von Prof. Lange, stelle eine Schlüsselkategorie der politischen Bildung dar. Als Grundkategorie fungiere es als

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 31



Anfangs- und Endpunkt politikdidaktischer Handlungen. Ferner sollten die Basiskonzepte zur Beschreibung und Analyse von Fachlichkeit aus dem spezifischen Bürgerbewusstsein der Lernenden entwickelt werden. Der Politikdidaktik als empirischer Wissenschaft käme hierbei die Aufgabe zu, die mentalen Modellierungen, die als Vorstellungen über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb des Subjektes vorhanden seien, zu erforschen. Somit solle die Politikdidaktik als eine Wissenschaft konzeptualisiert werden, die die subjektiven politischen Sinnwelten zum Gegenstand habe.

Das Bürgerbewusstsein sei durch die **zentralen Sinnbilder** *Vergesellschaftung, Wertbegründung, Bedürfnisbefriedigung, Gesellschaftswandel* und *Herrschaftslegitimation* greifbar. Innerhalb dieser Sinnbilder seien die zentralen Forschungsfragen „Wie integrieren sich Individuen in die Gesellschaft?“, „Welche allgemein gültigen Prinzipien leiten das Zusammenleben?“, „Wie werden Bedürfnisse durch Güter befriedigt?“, „Wie vollzieht sich sozialer Wandel?“ und „Wie werden partielle Interessen allgemein verbindlich?“ erkenntnisleitend. Den Sinnbildern könnten wiederum **Lernformen** innerhalb der politischen Bildung zugeordnet werden. So korreliere das Sinnbild der Vergesellschaftung mit dem *Gesellschaftlichen Lernen*, die Wertbegründung mit dem *Politisch-Moralischen Lernen*, die Bedürfnisbefriedigung mit dem *Ökonomischen Lernen*, der Gesellschaftswandel mit dem *Historisch-Politischen Lernen* und schließlich das Sinnbild der Herrschaftslegitimation mit dem *Politischen Lernen*.

Die Begründung des lerntheoretischen Modells erfolgte in Anlehnung an die Forschungen von Jean Piaget, nach denen das Subjekt in seinem Verhältnis zur Umwelt einen Äquilibriumszustand anstrebt. Somit könne eine auch pädagogisch angestrebte Änderung des Bewusstseins durch eine Umwelterfahrung herbeigeführt werden. Diese Umwelterfahrung würde anschließend auf vier Reflexionsebenen der Beteiligung, Aneignung, Vermittlung und Erschließung verarbeitet. Festzuhalten bleibe, dass Lernen in der politischen Bildung als Prozess zu reflektieren sei, an dem Lernende beteiligt seien und sich durch Erfahrungsverarbeitung Lerngegenstände aneignen könnten. Die Reflexionsebene der Vermittlung würde bei Begriffen und Konzepten einsetzen. Schließlich sei Lernen in der politischen Bildung ein Prozess, der Sinnbildungskompetenzen erschließe.

Für die politische Bildung sieht Prof. Lange **vier Aufgaben**, die zueinander in Beziehung stehen. An erster Stelle sei hierbei die *empirische Aufgabe* genannt, in deren Mittelpunkt die Analyse des vorhandenen Bürgerbewusstseins stehen soll. Die Legitimation des erwünschten Bürgerbewusstseins sei hingegen die *normative Aufgabe* der politischen Bildung. *Reflexive Aufgabe* sei es, das mögliche Bürgerbewusstsein zu explorieren, während die Strukturierung von Lernchancen des Bürgerbewusstseins die *anwendungsbezogene Aufgabe* des Bürgerbewusstseins darstelle.

Als Koreferent referierte der ehemalige Jenaer Student Enrico Hinz Teile seiner Examensarbeit zu den Bewusstseinslagen von Schülerinnen und Schülern. Ziel seiner Arbeit war es, grundlegende Ordnungsvorstellungen bei Schülerinnen und Schülern zu analysieren und jene zu kategorisieren. Hierzu wurden ca. 120 Schülerinnen und Schüler an 3 Gymnasien in die Untersuchung eingebunden. Um die Ordnungsvorstellungen herausfiltern zu können, verarbeitete Enrico Hinz in seiner Examensarbeit grafische Darstellungen der Schüler und mit diesen geführten, qualitative Interviews. Ergebnis seiner Arbeit war die Typisierung der Schüler in vier demokratische Sinnbildungstypen (altliberal, linksliberal, pluralistisch-integrativ, egalitär).

In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich das Plenum beeindruckt durch den Vortrag des Hannoveraner Professors, allerdings wurden auch kritische Nachfragen zum Verhältnis zwischen Politikwissenschaft und Politikdidaktik gestellt. Erklärtes Ziel von Prof. Lange sei es, die Politikdidaktik aus der Abhängigkeit der Politikwissenschaft hinsichtlich ihres Kategoriesystems zu lösen und mit der Etablierung des Bürgerbewusstseins als einer zentralen Kategorie neu zu konzeptualisieren. Weiterhin wurde nachgefragt, inwiefern Prof. Langes Modell als individual-konstruktivistischer Entwurf zu werten sei. Hierbei wurde zunächst von Prof. Deichmann und anschließend durch den Redner selbst auf die Verbindung zur politischen Kulturforschung verwiesen, sodass das Bürgerbewusstsein, das als das Insgesamt der mentalen Vorstellungen hinsichtlich Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen sei, innerhalb der politischen Kultur entstünde. Bei der Frage nach ersten Ergebnissen zum Charakter des Bürgerbewusstseins musste Prof. Lange allerdings auf laufende Forschungen verweisen.

*Christian Schmieder (Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Professur Didaktik der Politik; Mitglied des erweiterten Vorstands des Thüringer Landesverbandes der DVPB)*

## Bericht zum 10. „Jenaer Tag der Politikwissenschaft“

Am 10. Juni 2010 jährte sich zum zehnten Mal der „Jenaer Tag der Politikwissenschaft“. Anlässlich dieses Jubiläums dankte der Direktor des Jenaer Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Dr. Manuel Fröhlich, gleich zu Beginn allen an der Planung und Durchführung des Tages beteiligten Institutionen und Personen. Neben dem Institut für Politikwissenschaft (vertreten durch eine Vielzahl seiner Mitarbeiter und Studierenden), der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung (LZT, vertreten durch Frau Beate Dittmar) und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM, vertreten durch Frau Dr. Sigrid Biskupek) wurde insbesondere die Professur für die Didaktik der Politik des hiesigen Instituts erwähnt. So sei das ebenfalls im Rahmen des „Jenaer Tages der Politikwissenschaft“ stattfindende „Politikdidaktische Symposium“, das immer den ersten Teil der Veranstaltung bildet, auf die Initiative Carl Deichmanns, Professor für Didaktik der Politik, zurückzuführen, wofür ihm die entsprechende Anerkennung gezollt wurde.

In bewährter Tradition begann sodann das „Politikdidaktische Symposium“. Vor einem gut gefüllten Saal hielt Dr. Andreas Eis, Lehrstuhlvertreter am Institut für Politikwissenschaft, Schwerpunkt Politische Bildung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M., seinen politikdidaktischen Fachvortrag zum Thema *Transformation von Staatlichkeit in Europa: Urteils- und Handlungskompetenzen für eine europäische Bürgerschaft* (vgl. den Beitrag von Dennis Hauk). Nach einer kurzen Diskussionsrunde lieferte Prof. Dr. Andreas Petrik, Professur Didaktik der Sozialkunde an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, mit seinem Fachvortrag *Der Weg ist das Ziel: Die Methode als (didaktisch vernachlässigte) Brücke zwischen Gegenstand und politischer Kompetenzentwicklung* weitere interessante politikdidaktische Gesichtspunkte zum Thema des Politikdidaktischen Symposiums „Entwicklung politischer Kompetenzen im Politikunterricht“ (vgl. den Beitrag von Philipp Kärst). Beide Vorträge ließen deutlich erkennen, in welch' intensiver Diskussion sich die Politikdidaktik derzeit bezüglich dieser Thematik befindet.

Nach einer kurzen Pause begann der zweite und damit politikwissenschaftliche Teil des Tages. In seinem Vortrag *Geschichte, Politik, Geschichtspolitik*, dem das Publikum aufmerksam gefolgt ist, stellte PD Dr. Torsten Oppelland, Akademischer Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der FSU Jena, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Konzepten durch einen systematisch gewählten Ansatz dar (vgl. den Beitrag von Christian Schmieder).

Danach setzten die Berichte ehemaliger Studierender des Instituts, die heute in Schule, Wirtschaft und Politik tätig sind, den dritten Teil des „Jenaer Tages der Politikwissenschaft“ fort. Daran schloss sich die Verleihung der diesjährigen Examenspreise an, die vom Förderverein des Instituts für Politikwissenschaft e.V. alljährlich gestiftet werden. In seiner neuen Funktion als Vorsitzender des Fördervereins nahm der stellvertretende Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Christoph Matschie, die Verleihung der Examenspreise vor. Diese gingen an Ksenia Chepikova (*Einiges Russland – Aspekte der Identitätskonstruktion einer Partei der Macht*), Cornelia Seidel (*Die Europäische Kommission als politischer Unternehmer. Strategisches Vorgehen und kontextuelle Faktoren in den Verhandlungen um eine Energiepolitik der Europäischen Union*), Benjamin Bock (*Die bedrohte Demokratie. Heinrich Ströbels Verhältnis zur jungen Weimarer Republik*) und Dennis Hauk (*Zur Aktualität des Krisenbegriffs: Politikdidaktische und unterrichtspraktische Aspekte der Bedeutung politischer Krisen*). Im Anschluss daran wurde der festliche Teil des Tages durch ein Grußwort des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Klaus Dicke, fortgesetzt, der seine besondere Verbundenheit mit dem Institut – da selbst Politikwissenschaftler – zum

polis_2_10_027_032_3_Entwurfverband_05-09.qxd 13.07.2010 08:50 Seite 32



Ausdruck brachte. Regelrecht ergriffen war das Publikum, als der Rektor Herrn PD Dr. Torsten Oppelland – für nahezu alle Anwesenden völlig überraschend – zum außerplanmäßigen Professor ernannte. Ihren Höhepunkt fand die Veranstaltung im Folgenden mit dem Festvortrag der Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht, zum Thema *Thüringen 2020*.

Mit dem Empfang im Kollegienhof der FSU Jena, bei dem in entspannter und feierlicher Atmosphäre viele interessante Gespräche geführt, wissenschaftliche Inhalte ausgetauscht oder einfach nur alte Freundschaften gepflegt wurden, klang der diesjährige „Jenaer Tag der Politikwissenschaft/Lehrerpolitiktag", der wieder als ein voller Erfolg zu bezeichnen ist, am späten Abend aus.

*Marc Partetzke (Doktorand und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Professur Didaktik der Politik; Mitglied des erweiterten Vorstands des Thüringer Landesverbandes der DVPB)*

## Andreas Petrik – „Der Weg ist das Ziel"

Als zweiter Gastredner sprach Prof. Dr. Andreas Petrik von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu dem Thema „Der Weg ist das Ziel. Die Methode als (didaktisch vernachlässigte) Brücke zwischen Gegenstand und politischer Kompetenzentwicklung".

Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Frage, wie Lehrende kompetenzorientierten Unterricht gestalten können. Dies stelle sich, so Petrik, v.a. deshalb als sehr schwierig dar, weil die anhaltenden politikdidaktischen Diskussionen um den Kompetenzbegriff bisher zu keinem konsensuellen Ergebnis geführt hätten. Seine Ausführungen verstünden sich vor diesem Hintergrund als Hilfestellung für Lehrende, mithilfe der Konzentration auf die methodische Gestaltung des Unterrichts politische Inhalte zugänglich zu machen und damit einen Kompetenzerwerb zu ermöglichen.

Der bisher bekannteste Vorschlag eines Kompetenzmodells stammt von der GPJE und benennt die Urteilsfähigkeit, die Handlungsfähigkeit und die Methodenkompetenz. Jedoch betonte Petrik, dass dieser Ansatz immer mehr an Zuspruch verliere, da er als zu wenig domänenspezifisch empfunden würde. Er persönlich sehe sich vielmehr als Vertreter des Kompetenzansatzes, der vom Fachrat Integrierte Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft/Soziologie entwickelt wurde. Dieser Ansatz geht von insgesamt fünf Kompetenzbereichen aus. Bezogen auf den Politikzyklus benötigen die Schüler nach Petrik die Fähigkeiten der Perspektivenübernahme (1) und der Analyse (2), um sich ein vorliegendes Problem zu erschließen. Durch die Konfliktlösekompetenz (3) ist es dem Lernenden möglich, das Problem zu beurteilen. Mithilfe der Befähigung zur Partizipation (4) und Urteilsbildung (5) soll es dem Schüler gelingen, zu entscheiden, wie das Problem zu lösen ist.

Petrik ist der Meinung, dass vor allem handlungsorientierte Unterrichtsmethoden zur Herausbildung und Schulung dieser Kompetenzen führen. Hierbei ordnet er die Methoden drei großen Bereichen zu, die sich gegenseitig ergänzen und beeinflussen. Rollenspiele sowie Fall- und Lebensweltanalysen bezeichnet er als „Methoden, die von der Lebenswelt ausgehen". Der Methodenbereich „Institutionelles Wissen und Fälle entscheiden" beinhaltet zum Beispiel die Fallstudie und die Konfliktanalyse. In den dritten Bereich „Sozialwissenschaftliches Wissen und Probleme lösen" zählt er unter anderem die Szenariotechnik.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages stellte Petrik anhand von unterrichtspraktischen Beispielen noch einmal dar, dass die gewählten Methoden die Inhalte des Unterrichts konstruieren. Die methodische Gestaltung der Lernsituationen gäbe ebenfalls vor, welche Kompetenzen in der Unterrichtssituation geschult werden können. Hierbei fasste er abschließend noch einmal zusammen, dass der methodische Umgang mit Wissen in konkreten Situationen dazu führe, dass der Lernende gewünschte Kompetenzen entwickeln könnte.

*Philipp Kärst (studentische Hilfskraft am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Professur Didaktik der Politik; Mitglied des Thüringer Landesverbandes der DVPB)*

## Torsten Oppelland – „Geschichte, Politik, Geschichtspolitik"

Im politikwissenschaftlichen Fachvortrag des diesjährigen „Jenaer Tages der Politikwissenschaft/Lehrerpolitiktages" referierte PD Dr. Torsten Oppelland zum Thema Geschichte, Politik, Geschichtspolitik.

Zunächst wurde eine Klärung des Begriffes „Geschichtspolitik" angestrebt. Hierbei rekurrierte der Referent auf den Geschichtsbegriff der Antike, die bereits die Geschichte als „Lehrmeisterin der Gegenwart" ansah. Auch Friedrich Nietzsches „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben" wurde als Beispiel angeführt, wie Geschichte zum „Nutzen" gegenwärtigen Daseins fungieren könnte. Weitere Grundbausteine zur Klärung des Begriffes seien weiterhin die Überlegungen von Maurice Halbwachs und Antonio Gramsci zum „kollektiven Gedächtnis", bzw. zur „kulturellen Hegemonie". Beide letztgenannten Autoren stellten Überlegungen zur historischen Selbstdeutung einer Gesellschaft an. Diese Selbstdeutung spiegelt sich auch im Begriff der Deutungskultur wider, die für Karl Rohes Konzept politischer Kultur einen integralen Bestandteil darstellt. Abschließend kann man somit mit Edgar Wolfrum die „Geschichtspolitik" als strategisch angelegtes politisches Handeln begreifen, das eine Änderung oder Verstärkung der Deutungskultur einer sozialen Gruppe durch unmittelbaren Rückgriff auf die Vergangenheit zum Ziel habe. Dies müsse nicht unbedingt immer die Gesamtgesellschaft betreffen, wie an der Diskussion um Straßennamen oder Museumsprojekte ersichtlich ist. Ein weiterer Aspekt, der bei einer grundsätzlichen Klärung des Begriffes „Geschichtspolitik" nicht zu vernachlässigen ist, sei der Umstand, dass geschichtspolitischem Handeln nicht das Ziel zugrunde läge, historische Wahrheit zu generieren.

Demgegenüber stellt bspw. die „Erinnerungspolitik" nur eine Unterkategorie der Geschichtspolitik dar, oder mit anderen Worten, bewegt sich die „Erinnerungskultur" innerhalb des Gesamtrahmens der Deutungskultur der Gesellschaft. Beispiele hierfür sind die so genannten „Stolpersteine", die an das Schicksal jüdischer Bürger zur Zeit des Holocaust erinnern. „Vergangenheitspolitik" stellt hingegen nach Prof. Dr. Norbert Frei der rechtliche und administrative Übergang von einem Unrechtsstaat in rechtsstaatliche Verhältnisse dar. Der Umgang mit den Tätern der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft kann als Beleg hierfür dienen.

Im dritten Teil seines Vortrages zeigte der Referent Beispiele für geschichtspolitische Initiativen auf. Ein erstes Exemplum fand PD Dr. Oppelland in der Rede Gustav Heinemanns anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Reichsgründung von 1871. Ein weiteres, jüngeres Beispiel stellt hingegen die Neubewertung der Weimarer Republik dar. Bereits seit einigen Jahren ist innerhalb der Geschichtswissenschaft eine deutliche Verlagerung der Analyseperspektive hinsichtlich der Jahre 1919 bis 1933 feststellbar. So wird die Weimarer Republik nicht länger lediglich als „Vorgeschichte des Nationalsozialismus" beschrieben, sondern vor allem jüngere Forschungsarbeiten basieren auf einer eigenständigen Betrachtung des nach 1848 zweiten deutschen Demokratieprojektes. Gegenüber dieser wissenschaftlichen Betrachtungsweise ist der Versuch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Weimarer Republik als positive Gegenfolie zur Gegenwart darzustellen als klarer Versuch zu werten, geschichtspolitisch Einfluss auf die Deutungskultur der Gesellschaft zu nehmen.

In der Diskussion wurde der Bezug zur Politikdidaktik hergestellt. Der wissenschaftliche Begriff der „Geschichtspolitik" könnte, so Prof. Dr. Carl Deichmann, eine sinnvolle Ergänzung des historischen Ansatzes darstellen.

*Christian Schmieder (Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Professur Didaktik der Politik; Mitglied des erweiterten Vorstands des Thüringer Landesverbandes der DVPB)*

polis_2_10_033_34_033_034_2.qxd 13.07.2010 13:56 Seite 33



# Rezensionen

## Neue Literatur – kurz vorgestellt

### Engagierte und involvierte Projektevaluation

Michael Marker: Die Schule als Staat. Demokratiekompetenz durch lernendes Handeln. Schwalbach/TS.: Wochenschau Verlag, 2009; 319 S.; 29,80 EURO

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung bildet die zunehmende Demokratieskepsis in der deutschen Bevölkerung sowie die, auch im internationalen Vergleich, geringen Erfolge des deutschen Schulsystems bei der Vermittlung demokratischer Handlungskompetenzen.

Um Antworten zu der sich daraus ergebenden Frage, wie die Erziehung zur Demokratie in der Schule gestärkt werden kann, zu finden, hat der Autor, Michael Marker, sich intensiv mit den Wirkungen des demokratiepädagogisch inspirierten Projekts „Schule als Staat“ auseinander gesetzt.

Er untersuchte dazu, in welcher Weise das Projekt demokratische Handlungskompetenz bei Jugendlichen fördert und inwieweit „Schule als Staat“ einen Beitrag zur Reduzierung der Distanz von Jugendlichen gegenüber dem politischen Bereich leisten kann. Darüber hinaus unternimmt Marker den Versuch, mit seiner Arbeit einen Beitrag zur Klärung des Richtungsstreits in der Politikdidaktik um „Politik“ oder „Demokratie“, indem er der Frage nachgeht, inwiefern der demokratiepädagogische Ansatz politikdidaktische Relevanz entwickeln kann.

Der Autor selbst ist Lehrer eines baden-württembergischen Gymnasiums, an dem im Sommer 2007 eine Projektwoche zu dem Programm „Schule als Staat“ durchgeführt wurde, und die damit den Forschungsrahmen bildet für die Studie, welche 2009 an der Universität Heidelberg als Dissertation angenommen wurde.

Die Methodik der empirischen Arbeit besteht aus einem umfangreichen Sample quantitativer und qualitativer Herangehensweisen. Neben einer dem eigentlichen Projekt vorangehenden Befragung von Schülern der Klassen 8 bis 12 des Gymnasiums setzt Marker dabei während der Durchführung von „Schule als Staat“ zunächst auf teilnehmende Beobachtung und Interviews, danach auf eine standardisierte Befragung zu den Erfahrungen und Wirkungen des Projekts sowie, ein halbes Jahr später, auf qualitative Interviews zu den Hintergründen und Ursachen von Prozessen des Demokratie-Lernens.

**Aufbau und Vorgehensweise**

Das Buch beginnt mit einer Einführung in die Themenstellung sowie einer Präsentation des Untersuchungsdesigns.

Im zweiten Kapitel werden die Ergebnisse der Vorstudie dargestellt, nach denen das Verhältnis der Schüler zu Politik dem Durchschnitt der Bevölkerung und damit der ausgemachten Problematik entspricht, weshalb Marker die Notwendigkeit betont, Demokratie-Lernen durch neue Erfahrungsfelder und eigenes Handeln zu erweitern. In Kapitel drei diskutiert der Autor die Theorie der Demokratiepädagogik und betont, dass sich der hier verwendete Demokratiebegriff nicht nur auf das politische System bezieht, sondern ebenfalls die gesellschaftlichen Bedingungen sowie das individuelle Verhalten umfasst, also die Vorstellung von „Demokratie als Lebensform“. Zudem behandelt er den bildungspolitischen Paradigmenwechsel von einem wissensbasierten zu einem kompetenzorientierten Lernerständnis, welches er für die Ziele Politischer Bildung und besonders für demokratische Handlungsbereitschaft als sehr positiv einschätzt. Er vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass Demokratie anhand handlungsorientierter Maßnahmen gelernt werden müsse, wobei der Erwerb demokratischer Handlungskompetenz als Aufgabe der gesamten Schule zu begreifen wäre und nicht nur des Fachunterrichts. Die Teilkompetenzen demokratischer Handlungskompetenz orientiert Marker an den 2005 von der OECD veröffentlichten Schlüsselkompetenzen.

Kapitel vier wiederum portraitiert die an der Forschungsstätte herrschenden schulischen Rahmenbedingungen sowie das Konzept „Schule als Staat“. Darunter ist ein bekanntes Planspiel zu verstehen, in dem sich die ganze Schule für einen bestimmten Zeitraum in einen von den Schülern organisierten Staat verwandelt, wobei alle im Sinne der Systemfunktionalität benötigten Aufgaben unter den Schülern aufgeteilt werden.

Die Ergebnisse der Projektuntersuchung werden im folgenden Kapitel behandelt. Demnach konnte „Schule als Staat“ die für Schüler abstrakten politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Vorgänge eines richtigen Staates anschaulicher und nachvollziehbarer machen. Zudem sei die demokratische Handlungskompetenz durch die Teilnahme tatsächlich gefördert und die Distanz gegenüber der Politik reduziert worden. In der Nachfolgeuntersuchung stellte Marker einen nicht umfassenden nachhaltigen Lerneffekt fest, was er im wesentlichen auf eine nicht ausreichende Reflexion des Projekts zurückführt. Darüber hinaus sieht er den Erfolg des Projekts eng an die Anschlussfähigkeit an die gesamte Schule als pädagogische Handlungseinheit gekoppelt und plädiert entsprechend für die Entwicklung einer das Demokratie-Lernen fördernden Schulkultur.

polis_2_10_033_34_033_034_2.qxd 13.07.2010 13:56 Seite 34



Dieser Gedanke, der auf die Demokratiepädagogik als zentrale Aufgabe der Schule verweist, wird in Kapitel sechs weiter ausformuliert. Basierend auf diesen Überlegungen sieht Marker das Demokratiekonzept als didaktisches Zentrum der Politischen Bildung. Demgemäß spricht er sich dafür aus, dass sich Politikunterricht im Kern am zentralen Begriff der Demokratie orientieren sollte, zumal dieser aufgrund eines höheren Grads an normativer und konkret gesellschaftlich bezogener Identität eine größere Legitimationskraft besäße als der Politikbegriff.

Im siebten Kapitel werden die Qualität der Evaluation von „Schule als Staat" überprüft und Empfehlungen zur Entwicklung von Diagnose- und Testverfahren bezüglich der Messung demokratischer Handlungskompetenz gegeben, bevor im Schlusskapitel noch einmal die Relevanz neuerer demokratiepädagogischer Ansätze für die Zukunft der Politischen Bildung hervorgehoben wird.

**Kritische Einschätzung**

Die insgesamt überzeugende Untersuchung von Marker lässt leider an manchen Stellen die notwendige kritische Distanz zum Untersuchungsgegenstand vermissen, was sich aber zum Teil mit der persönlichen Involviertheit des Autors erklären lässt, die andererseits aber auch Voraussetzung für die Durchführung der Studie war. Allerdings wäre eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Kompetenzbegriff wünschenswert gewesen. So bleibt zum Beispiel unklar, warum vor dem Hintergrund zahlreicher Kompetenzmodelle gerade eine Orientierung an den Kompetenzkategorien der OECD vorgenommen wurde. Auch fehlt eine Darstellung des Ringens innerhalb der Fachdidaktik um die Messbarkeit von Kompetenzen in der Politischen Bildung. Entsprechend bleiben auch die eigenen Vorschläge zur Kompetenzmessung eher oberflächlich. Gerade Handlungskompetenz, die erst im politischen Alltag erkennbar wird, ist in ihren zwangsläufig normativen Ausprägungen bislang nicht zu fassen, weshalb die gewählten Methoden, auch wegen des erwähnten Mangels an Distanz, zu hinterfragen sind. Folglich muss die Aussage, eine Förderung demokratischer Handlungskompetenzen im Projekt „Schule als Staat" wäre durch die Studie nachgewiesen worden, angezweifelt werden.

Trotz dieser Schwächen besticht das Buch, infolge des Verzichts auf einen in vielen Dissertationen vorzufindenden übertriebenen Wissenschaftsjargon, durch eine sehr gute Lesbarkeit. Für den Richtliniendiskurs in der Politischen Bildung werden wertvolle Hinweise gegeben. Zudem finden sich äußerst hilfreiche Erkenntnisse bezüglich der Umsetzung demokratiepädagogischer Ansätze in der schulischen Praxis.

*Tammo Grabbert*

**Liebe Leserinnen und Leser,**
**haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen? Unten auf dieser Seite finden Sie die Heftplanung für 2010 und 2011. Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie auf einen bereits erschienen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:**
**36100 Petersberg, Igelstück 5a, stegmueller.tschirner@t-online.de.**

## VORSCHAU

**POLIS 3/2010**
**Interkulturelle politische Bildung**
(erscheint am 1.10.2010)

**POLIS 4/2010**
**Armes Deutschland**
(erscheint am 22.12.2010)

**POLIS 1/2011**
**Staatlichkeit im Wandel**
(erscheint am 1.4.2011)

**POLIS 2/2011**
**Diagnose, Leistungsmessung und Kompetenz**
(erscheint am 1.7.2011)

**POLIS 3/2011**
**Politische Bildung unter erschwerten Bedingungen**
(erscheint am 1.10.2011)

**POLIS 4/2011**
**Was hält die Gesellschaft noch zusammen?**
(erscheint am 22.12.2011)

**POLIS**
Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Lange (www.dvpb.de)
14. Jahrgang 2010

*Leitende Redakteurin:*
Dr. Martina Tschirner
Igelstück 5a
36100 Petersberg
Tel.: 0661 9621133

*Verlag:*
Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Adolf-Damaschke-Straße 10
65824 Schwalbach/Ts.
www.wochenschau-verlag.de

*Redaktion:*
Dr. Martina Tschirner (V.i.S.d.P.)
Dr. Tim Engartner
PD Dr. Klaus-Peter Hufer
Dr. Herbert Knepper
Prof. Dr. Dirk Lange
Hans-Joachim von Olberg
Prof. Dr. Bernd Overwien
PD Dr. Armin Scherb

*Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe:*
Dr. Martina Tschirner

*Verantwortlich für die Verbandspolitische Rundschau:*
PD Dr. Armin Scherb

*Herstellung:*
Susanne Albrecht-Rosenkranz, Opladen

*Buchbesprechungen:*
Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

*Anzeigen und Abonnentenbetreuung:*
Tel.: 06196 860-65
Fax: 06196 860-60
bestellservice@wochenschau-verlag.de

*Druck:*
Görres-Druckerei und Verlag GmbH

*Erscheinungsweise*:
4 Hefte jährlich.

*Preise:*
Einzelheft: 6,00 € zzgl. Versandkosten.
Standardabonnement: 20,00 € zzgl. Versandkosten.
In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

*Anzeigenpreise:*
Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2010

*Bankverbindung*:
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 3 770 608

© Wochenschau Verlag
Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

*Beilagen-/Beihefterhinweis:*
Der Abonnentenausgabe liegen zwei Prospekte des Wochenschau Verlages bei.

ISSN: 1433-3120, Bestell-Nr.: po2_10